



Herfried Münkler, Eva Marlene Hausteiner (Hg.)

DIE LEGITIMATION VON IMPERIEN

Strategien und Motive im 19. und 20. Jahrhundert



campus

Inhalt

Einleitung	7
<i>Herfried Münkler und Eva Marlene Hausteiner</i>	
Selbstvergleich und Selbstbehauptung: Die historische Imagination imperialer Eliten	15
<i>Eva Marlene Hausteiner</i>	
Translation, Filiation und Analogiebildung: Politische Legitimation und strategische Reflexion im Spiegel vergangener Imperien	34
<i>Herfried Münkler</i>	
Wie legitimierten sich multiethnische Empires im langen 19. Jahrhundert?	70
<i>Jörn Leonhard</i>	
Ein liberales Weltreich? Westeuropäische Diskurse im 19. Jahrhundert	94
<i>Benedikt Stuchtey</i>	
Das Motiv der Zeit bei der Legitimation von Kolonialimperien: Die Briten (und Römer) in Jemen, Kongo und China, 1899–1951	110
<i>Christian Lekon</i>	
Augusteische Schwelle als Herrschaftsrationalisierung? Zum Verhältnis von Herrschaftsaufwand und politischer Stärke imperialer Herrschaft	131
<i>Daniel Hildebrand</i>	
Carl Schmitts blinder Fleck: Zur absoluten Feindschaft aus imperientheoretischer Perspektive	145
<i>Andreas Lotz</i>	

Imperiale Freund-Feind-Unterscheidung und die Theologie Reinhold Niebuhrs	173
<i>Mathias Eichhorn</i>	
Imperiale oder Internationale Beziehungen? Imperiumszyklische Überlegungen zum jüngeren American-Empire-Diskurs	194
<i>Sebastian Huhnholz</i>	
Autorinnen und Autoren	231
Dank	234
Register	235

Imperiale oder Internationale Beziehungen? Imperiumszyklische Überlegungen zum jüngeren American-Empire-Diskurs¹

Sebastian Huhnholz

I

Die Begriffsfamilie des Imperialen sieht sich einem diffusen Wandel ausgesetzt. Der Höhepunkt ihrer Transformation lässt sich in die letzte Dekade datieren, auf das erste Jahrzehnt unseres Jahrhunderts. In empirischer und politischer Hinsicht bildet die Debatte über Herkunft, Gestalt und Zukunft bzw. Niedergang eines sogenannten American Empire die Hintergrundfolie des Verständniswandels, deren Beginn zwar in das Ende der bipolaren Ära zurückreicht, deren auch imperiumspolitisch offensive Wende in Form der Frage nach einer potentiell US-amerikanisch dominierten, unipolaren Weltordnung indes erst nach 9/11 erfolgte. Infolgedessen bekam auch die zumal globalhistorisch vergleichende Imperienforschung deutlichen Aufwind. Im Wechselspiel mit den etablierten Denkkategorien der Internationalen Beziehungen (IB) indes blieb eine historisch informierte und integrierte Theoriebildung zuweilen schwer. Im überzeichnenden Sinne einer Arbeitshypothese ist zu konstatieren, dass viele mit Blick auf die jüngere Einseitigkeitsdoktrin der Vereinigten Staaten entstandenen, historisch ausgreifenden und bis in die Gegenwart reichenden Imperiumstheorien *gegen* konventionelle Denkmodelle der politikwissenschaftlich jüngsten Disziplin der IB entstanden sind.

Hier tritt eine Spannung zutage, die von zwei Polen her bestimmt werden kann. Auf der einen Seite ist die »Einbettung von Theorien in historische Kontexte wohl in kaum einer Disziplin so klar (und naheliegend) wie in den Internationalen Beziehungen. Nicht umsonst werden die Theorien der Inter-

¹ Für wertvolle Hinweise und Vorschläge danke ich insbesondere Eva M. Hausteiner, Karsten Fischer, Jochen Kleinschmidt, Matthias Hansl sowie Kommentatoren und Mitdiskutierenden auf der von den Herausgebenden veranstalteten Berliner Tagung sowie der im Oktober 2011 in München abgehaltenen Konferenz der DVWP-Sektion Internationale Beziehungen.

nationalen Beziehungen meist anhand der historischen Entwicklung des 20. Jahrhunderts gelehrt« (Daase/Junk 2011: 133). Im Übergang zur »post-nationalen« Konstellation bedürfen diese Theorien des letzten Jahrhunderts also einer umfassenden Musterung (Zangl/Zürn 2003: 25), und nicht zufällig wird ungeachtet etwaiger Fortschrittsparadigmen für solche Plädoyers immer wieder der Vergleich mit der düsteren Entstehungsphase des Westfälischen Systems bemüht (vgl. ebd.: 269; Münkler 2002). Denn auf der anderen Seite der theoretischen Anpassungsbemühungen stehen nicht etwa nur optimistische Visionen einer *Global Governance*, sondern ebenso deren skeptischere Gegenspieler – Konzepte der Imperialität. Diese dienen nun nicht mehr allein als pejorative Fremdzuschreibungen. Sie wurden zuletzt auch als besorgte bis affirmative Selbstbeschreibungen »westlicher«, insbesondere US-amerikanischer Weltpolitikformationen anverwandelt.

Doch wie binnendemokratische Imperialität, ja sogar eine seit langem als »imperiale Republik« angesprochene Großmacht wie die USA imperiumskategorisch zu bestimmen sei (vgl. z.B. Biskamp 2010; Unger 2010; Aron 1975), stellt eine anhaltend komplizierte Forschungsfrage dar. Gerade mit Blick auf ein mögliches US-amerikanisches Imperium fällt es häufig schwer, von dessen antikolonialistischen Wurzeln und demokratie- wie liberalitätsmissionarischen Weltanschauungen zu abstrahieren, ohne nur aktuelle oder situative Realpolitik in den Blick zu nehmen. Imperientheorien haben zudem (wenigstens ihrem Anspruch nach) gewöhnlich welthistorische Reichweite. Die großen Hypothesen internationaler Politik hingegen wurden in jenem 20. Jahrhundert entwickelt, dessen Realitäten den theoretischen Vorgaben nicht immer folgten – und sie überholen sich derzeit. Ferner sind die USA für beide Zugriffsperspektiven auch nur noch ein Einzel- und zudem Spezialfall – folglich müssen Vereinheitlichungen schwerfallen.

Vergleiche der USA mit den Imperien der Weltgeschichte sehen sich daher immer wieder auf diverse Unvergleichlichkeiten zurückgeworfen, sodass sich zumal der kulturell »eingebetteten« US-Geschichtswissenschaft wie auch den IB das von Hans-Ulrich Wehler (1989) einmal so benannte historiographische Dilemma namens »Aufklärung« versus »Sinnstiftung« stellt. Denn die auch wissenschaftliche US-amerikanische Dominanz und Deutungshoheit für die Frage der Theoretisierungsfähigkeit internationaler politischer Beziehungsgeflechte birgt eine Erkenntnisverzerrung eigener Güte. Hält man sich vor Augen, dass die disziplinären Grundzüge der IB nicht nur maßgeblich in den USA selbst entwickelt worden sind, sondern zu gewichtigen Teilen mit den im spätimperialistischen Zeitalter formatierten ideologi-

schen Leitperspektiven der US-Außenpolitik kovariieren, liegt der (grundsätzlich freilich nicht neue) Verdacht nahe, dass die im letzten Jahrzehnt deutlich gewordene Konkurrenz bzw. die von diversen sozusagen *embedded scientists* teils scharf angegriffene Konvergenz von asymmetrierungsanalytisch angelegten Imperientheorien (siehe dazu auch Münkler 2006) und symmetrisch grundierten IB-Beobachtungsrastern auch durch politisch normative Bedürfnisse beeinflusst sind. Einmal mehr pointiert: Je symmetrieorientierter die Weltpolitik interpretiert wird, desto weniger hat man von den demgegenüber kritisch bis potentiell delegitimierend wirkenden imperiumsorientierten Analysen zu befürchten.

Insofern griffe es auch zu kurz, diesen Grundgedanken so bewenden zu lassen, als handelte es sich um Analysedifferenzen allein. Denn es wäre mit Blick auf die vor allem inneramerikanische Empire-Debatte, wie sie in der ersten Dekade unseres Jahrhunderts geführt² und mittlerweile abgeschlossen wurde (vgl. Falke 2011), nicht hinreichend zu plausibilisieren, warum sie überhaupt mit Imperiumsbegriffen geführt wurde. Es ist daher zu berücksichtigen, dass den intellektuellen Feinjustierungen öffentlicher Begriffe wie »empire«, »imperial« etc. politische Geltungsabsichten mitnichten abgehen. Gerade der jüngste Empire-Diskurs fand nicht allein im so oft verlachten Elfenbeinturm statt, sondern wurde mit Blick auf politische Interessen und Nutzbarmachungen ebendort auch abgerufen und alimentiert. Die diskursive Arbeit am Empire-Begriff bleibt daher eine immer auch politische.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, die bislang noch zwischen Imperien- und IB-Forschung deutliche Theoriespannung hinsichtlich US-amerikanischer Außenpolitikstile aufzuzeigen, gemeinsame wie auch konträre Blickwinkel deutlich zu machen und zwar zugunsten eines Plädoyers für eine integriertere Analyse dessen, was der jüngste Diskurs um ein American Empire war und was weitere Forschungen jenseits disziplinärer Distinktionen aus ihm lernen könnten. Zu diesem Zweck werden zunächst einige Positionen besagten Empire-Diskurses zur Erinnerung gegeben (II). Anschließend werden einige imperiumszyklische Leitfragen perspektiviert zwecks Verdeutlichung, warum aus einem imperiumshistorischen Blickwin-

2 Der hiesige Beitrag bildet einen Aspekt einer noch un abgeschlossenen Studie über Imperienverständnisse und Antiketransformation im US-amerikanischen Empire-Diskurs des beginnenden 21. Jahrhunderts ab, an derer statt ein führend verwiesen werden soll auf Behrends (2006); Hochgeschwender (2006); Masala (2004); Burton (2011); Huhnholz (2010b). Positionen jenseits rein innerakademischer Beobachtungen bieten vor allem Speck/Sznaider (2003); Bacevich (2003); Calhoun u.a. (2006) sowie die *National Interest*, Jg. 71, H. 1 von 2003.

kel gerade kein monolithisches, eindeutig erkennbares Reich erwartet werden muss, wenn sich die analytische Frage nach imperialen Politikstilen stellt (III). Denn nur dann wird auch die Beobachtung plausibler, dass der Empire-Diskurs nicht der erste war, nur der bislang öffentlichste und intensivste. Hiervon ausgehend werden im Abschnitt IV Anfragen an einige Deutungsangebote der IB hinsichtlich ihres auch historisch differenzierenden Potentials für die Analyse amerikanischer Außenpolitik gestellt. Der Abschnitt V plädiert sodann für Ergänzungen klassischer IB-Deutungsmuster um historische und vor allem innenpolitische Perspektiven auf die US-Außenpolitik anhand verfassungszyklischer Analysevorschlage und mündet in einen knappen Ausblick (VI).

II

Es sind nicht zuletzt die engmaschigen Verflechtungen US-amerikanischer Intellektueller mit Politik, Politikberatung und Wissenschaft, welche eine anspruchsvolle Transformation des Empire-Verständnisses überhaupt ermöglichen. Sie finden allerdings auch eine verunsichernde weltpolitische Situation vor, die die lange, zuletzt stark kritisierte Abstinenz (vgl. z.B. Pitts 2010) der Geistes-, Sozial- und Geschichtswissenschaften gegenüber imperiumspolitischen Fragestellungen nur bestätigt und entsprechend vielschichtige Versuche, gedankliche Ordnung zu schaffen und politische Orientierung zu geben, hervorbringt. Eine prominente Reihe von entweder schon dem Titel nach oder sodann inhaltlich auf Widersprüche verweisenden Werken und Bindestrich-Semantiken mag das verdeutlichen: *Benevolent Empire* (Kagan 1998), *Blowback* (Johnson 2000), *Empire lite* (Ignatieff 2003a), *Incoherent Empire* (Mann 2003), *Fear's Empire* (Barber 2003), *Hegemony or Survival* (Chomsky 2003), *Transitional Empire* (Garrison 2004), *Semi-empire* (Etzioni 2004: 4), *Superempire* (Porter 2006), *Post-territorial Empire* (Maier 2006: 277), *Imperialism of Human Rights* (Hobsbawm 2008: xix), *Empires of Trust* (Madden 2008) u.a.m. Und die Hauptthese Niall Fergusons, lange Jahre prononciertester Vertreter der selbstbewussteren Fraktionen der American-Empire-Debatte, lässt sich beruhmtermaen auf die Formel von einem liberalen »empire in denial« bringen (vgl. Ferguson 2004; dazu Leonhard/von Hirschhausen 2006). »Call the American empire lite, virtual, neo, or even

liberal; it is omnipresent«, hielt Amitai Etzioni auf dem Höhepunkt der Debatte fest (2004: 1).

Maßgeblichste Argumente von Kritikern jedweder USA-bezogenen imperialen Terminologie und Vergleichsperspektive rekurrieren auf traditionelle Einwände der Art, dass die USA ein geschlossener Nationalstaat sind (Territorialitätsargument), die Übernahme direkter Souveränität in Interventionsgebieten ablehnen (Antikolonialismusargument), eine demokratische Verfassung besitzen (Demokratiargument) und von keinem Imperatoren geführt werden (Kaiserargument), dass sich ihre Außenpolitik besser mit Vorherrschafsideen beschreiben ließe (Hegemonieargument)³ und dass ihre Mission nicht auf Unterdrückung der Welt gründe, sondern auf deren Schutz und Befreiung (Argument des Liberalitätsinteresses). Nicht zuletzt die Verhandlung solcher Argumente speiste den jüngeren American-Empire-Diskurs und trägt zum Wandel klassischer Imperialitätsvorstellungen bei. So die USA überhaupt ein Imperium seien, dann doch ein einzigartiges (»unique« [Thayer 2007: 5]), »an empire unlike any other« (Walker 2003), eine, so Ferguson wohl schon augenzwinkernd, zwar »new invention [...], an empire lite, a global hegemony« (2003), die sich aber als völlige Ausnahme betrachte – »wie alle anderen 67 Imperien« zuvor (Ferguson 2004: 25).

Die politische Gegenposition brachten im Jahr 2003 der damalige US-Präsident George W. Bush und sein Stab in aller Widersprüchlichkeit auf die dem nationalen Selbstverständnis plausibel entsprechende Formel, die USA hätten »no territorial ambitions. We don't seek an empire. Our nation is committed to freedom for ourselves and for others« (zit. nach Ignatieff 2003b).⁴ »Imperialismus des Antiimperialismus« wurde diese Tendenz auch schon trefflich genannt (Ferguson 2004: 82), zumal die Vorstellung des »building an empire while trying not to« (Madden 2008: 63) ein seit Theodor Mommsen, womöglich schon seit Livius beliebter Topos imperiumsapologetischer Historiker ist und in Gestalt eines »defensive imperialism«-Theo-

3 Dieses einzig nicht ideologisch oder normativ eingefärbte Argument, vorgebracht etwa von Rudolf (2007: 183ff.), ist insofern auch als Alternative ernst zu nehmen, wie Analysen einer multilateral sich (*ad hoc* oder dauerhaft) organisierenden Hegemonie zu ähnlichen oder tatsächlich präziseren Ergebnissen kommen wie imperiumstheoretische Ansätze. Dennoch kann auf Letzere nicht verzichtet werden; siehe zur Synthese die klassische Arbeit Triepels (1938), ferner Münkler (2005a: 67ff.).

4 Da Höglund (2007: 2) eine identische Formulierung für die 2003 entsprechend interviewte Condoleeza Rice nachweist und Ferguson (2004: 15) sehr ähnliches von Colin Powell zitiert, dürfte es sich um eine offizielle Sprachregelung des Weißen Hauses gehandelt haben.

rems nach 9/11 politisch nicht ungelegen kam (vgl. Adler 2008). Es herrscht zwar mittlerweile ein gewisser Konsens darüber, dass ein etwaiges American Empire zumindest keine planvolle politische Absicht war. Selbst neokonservative Musterpatrioten wie Robert Kagan betonen die historische Planlosigkeit der *Dangerous Nation* und ihrer erratischen Außenpolitik (2004). Und nicht wenige Beobachter sehen die diversen globalen Machtvakua einschließlich der Schwäche des internationalen Systems als ebenso ursächlich für imperiale Politikstile der USA an, wie sie diese Lage als gefährlich für die amerikanische Demokratie interpretieren. Mit einer solchen Perspektive sind sie häufig weit entfernt davon, den Zustand der Übermacht (*supremacy, superpower, hyperpower, ascendancy, global leadership* etc.) als notwendiges Übel zu akzeptieren, geschweige denn, es zu bewerben.

Politisch realistische Auswege aus diesem Dilemma aufzuzeigen, bleibt entsprechend schwierig. George Friedman etwa mag überzeichnet, die Originalität der amerikanischen Verfassungskultur jedoch ganz richtig demonstriert haben, wenn er noch 2011 behauptet, die staatsmisstrauischen Gründerväter der USA hätten in einer Phase handlungsmächtiger Weltpolitik absichtsvoll jenen »ineffizienten« und »schwachen« Staat »geschaffen«, der die tugendhafte amerikanische Republik erst hervorzubringen vermochte – eine Republik, die nun von einem schwachen internationalen System »unterminiert« und daher quasi genötigt würde, gegen den eigenen Willen stark, imperial zu werden.⁵ Wir sehen uns hier mit einer sich längst durch die US-amerikanische Geschichte ziehenden Dialektik republikanischer Imperialität konfrontiert, in der laut der *Radical-History*-Schule (vgl. van Alstyne 1960; Williams 1984; 1988; Zinn 2003) die regelmäßig nach expansiven Exzessen einsetzenden Ermahnungen an die innere Schwäche des eigenen Staates zu isolationistischen Selbstbesinnungsphasen und zu einer Rückkehr kooperativer Außenpolitikstile anhalten. Sie erinnert zudem in erstaunlichem Maße an das antike polybianische Staatstheoriemodell, nach dem römische Dekadenz im Innern und Imperialität nach außen einander stets bedingt und abgewechselt hätten (dazu Demandt 2000: 212) – darauf wird noch zu kommen sein.

Folglich lassen sich diese Positionen auch in ein altvertrautes Problemfeld einordnen, bei dem stets fraglich bleibt, ob der US-Außenpolitik attestierte imperiale Politikstile weltpolitische Ungleichheiten mittelfristig perpetuieren oder verringern. Wer die »imperialistische« Lesart vertritt, wird schon die

⁵ Dieses, zumal mit Blick auf die Weltkriege und den Sowjetkommunismus plausible Motiv war zuletzt häufig anzutreffen, besonders ausgeprägt ist es bei James (2006).

Entstehungsdynamiken der US-amerikanischen Dominanz als imperial charakterisieren und folglich kaum Widersprüche darin erkennen können, dass die USA sich vielfältigst auch freiwillig an internationale Normen und deren formale Institutionen binden, um internationale Legitimität zu gewinnen oder wiederherzustellen. Denn es lässt sich wahlweise entweder auf die gezielte Selektivität solcher Normensysteme verweisen, betonen, diese Normensysteme ließen sich selbst als imperiale Struktur identifizieren, oder aber spekulieren, dass gerade die Freiwilligkeit der selektiven, partiellen und womöglich nur temporären Selbstbindung bloß ein Indikator für nicht minder imperialen Utilitarismus oder *ad-hoc*-Kooperationismus sei (z.B. Anghie 2004).

Die geschichtsphilosophische Metaperspektive auf solche Position bestünde darin, gerade die von Alexis de Tocqueville erstmals so identifizierte exzeptionalistische Tradition US-amerikanischen Denkens zu berücksichtigen (siehe Lipset 1996) und in Rechnung zu stellen, dass die ideell »liberalen« Zielsetzungen amerikanischer Außenpolitik niemals auf eine globale Pluralität von Ordnungsvorstellungen setzten. Ja, es könnte sich gar um einen nur vordergründig kleinen Trugschluss der bisherigen Theoriebildung des Internationalen selbst handeln, außenpolitisch ideologische Leitlinien der USA mit einem klassischen, allgemeinen Grundmuster außenpolitischer Legitimationsformeln in Einklang bringen zu wollen. So schrieb Jürgen Bellers, »[a]ußenpolitische Legitimationsformeln lassen sich auf einem Kontinuum zwischen den Polen ›Universalismus‹ und ›Isolationismus‹ einordnen, wobei allerdings auch Kombinationen dieser Merkmale vorkommen.« Auf der »einen Seite stehen die außenpolitischen Legitimationsformeln, die ein Konzept für die gesamte Menschheit haben und die somit universalistisch oder globalistisch sind«. Auf der anderen »Seite stehen die rein oder zumindest eher isolationistischen Ideensysteme, zu denen der Autarkismus eines Aristoteles oder jener Nationalismus [...] gehören, die die typische Entwicklung der eigenen Nation wollen, oder diese imperialistisch und/oder sozialdarwinistisch auch auf andere Völker ausdehnen wollen« (Bellers 1996a: 5).

Hier entstehen Widersprüche. Denn gemäß einer solchen Schematisierung ließen sich konventionelle Deutungsansätze für die ideologischen Leitlinien US-amerikanischer Außenpolitik gerade nicht in Einklang bringen mit einer quasi liberal-multilateralen Variante auf der einen Seite und einer universalistisch-missionarischen, expansiv-imperialen Variante auf der anderen. Samuel Huntington und andere mögen daher aus einer spezifisch US-amerikanischen Sichtweise auf die IB davon ausgegangen sein, dass »Imperi-

alismus [...] notwendige logische Konsequenz des Universalismus« sei (Huntington 1998: 511). Dem aber ein wie auch immer liberaleres Modell als weniger imperial codiertes gegenüberzustellen, trägt logisch nicht in adäquater Weise, wenn das eigene, als liberal interpretierbare Modell der USA dem Rest der Welt nicht allein anempfohlen wird, sondern zugleich die Bereitschaft besteht, es ihr notfalls aufzuzwingen bzw. Rückschritte auch gewaltsam zu verhindern. Hier gilt es daher, an die in den letzten Jahren wieder sichtbarer herausgearbeiteten ideengeschichtlichen Zusammenhänge zwischen imperialistischen Außenpolitikstilen und ihren nicht selten urliberalen Begründungen zu erinnern (Pitts 2005), also im Interesse einer Problematisierung darauf hinzuweisen, dass die daraus später entstandenen IB-Theorien über auch US-amerikanische Außenpolitik nicht in einem Abgrenzungs-, sondern geradewegs in einem Erbschaftsverhältnis zum Motiv von *imperium et libertas* stehen.⁶ Hält man sich darüber hinaus noch vor, dass der für eine durchweg progressive Selbstdeutung instrumentalisierte amerikanische *frontier*-Mythos *notwendig* permanenter Expansion und kämpferischer Selbstbehauptung gegen »Wilde« eine asymmetrisch expansionistische Weltanschauung *par excellence* ist, verdeutlicht sich gleichsam die alteuropäische, nicht aber amerikanische Paradoxie, dass Frederick Jackson Turner (2010 [1893]; dazu Waechter 1996; Osterhammel 2009: 472–476; Maier 2006: 99ff.) den Bestand der *frontier* und die ständige Revitalisierung der amerikanischen Republik ganz ähnlich aneinander gekoppelt wusste wie schon fünfzig Jahre zuvor kein Geringerer als Tocqueville, der die Freiheit einer Republik noch mit außenpolitischer Imperialität zusammendachte (vgl. Bohlender 2005; Pitts 2005).

Eine solche Tradition in Rechnung stellend, wäre dann nicht die zuweilen verzerrende Prolongierung affirmativer Sichtweisen einer »liberalen« US-Außenpolitik das mit Blick auf Empire-Antithesen wirklich interessierende Leitbild. Vielmehr wäre von Außenpolitik eines mal mehr und mal minder stark ausgeprägten liberalmissionarischen Zuschnitts auszugehen – eine Spannung, die Joachim Krause (2008) trefflich zwischen *Liberale[m] Imperialismus und imperiale[m] Liberalismus* verortete und mit dem von Bellers skizzierten Schema deutlich bricht. Nicht immerzu zwanglose Freiheit für alle also, sondern mal *soft-power*-Diplomatie, mal *hard-power*-Bekehrung.

⁶ Vgl. auch den Beitrag von Stuchtey in diesem Band.

III

Offensichtlich stehen sich in diesen Lesarten US-amerikanischer Außenpolitik Interpretationsmodelle gegenüber, die die politisch ideologiefällige und wissenschaftlich umstrittene Frage, ob diese Politik nun imperial ist oder nicht, mehrfach verunsichern müssten. Denn die Interpretationsunterschiede fußen nur vordergründig auf imperialen Klassifikationen hier oder unimperialen Kategorisierungen dort. Sie kulminieren eher in der Frage, ob wir Imperialität gegenwärtig als einen zyklischen, einen punktuellen oder einen linearen Weltordnungsentwurf zu erfassen haben, ob also langfristig repetitive Rhythmen, situative Bestandsaufnahmen oder aber potentielle Endzustände bzw. ideologisch-progressive Absichten definitionsmaßgebend für die Evaluierung von Imperialität sein sollen.

Historisch schließen sich diese Perspektiven sicherlich nicht aus. Denn es ließen sich zyklische, rhythmische, periodische Vorstellungen auch spiralförmig schematisieren: Einflussreiche Großmächte, die imperialistische Phasen in immer stärker zunehmenden Kontraktionen ausprägten, würden ihre Macht sodann erst im historischen Verlauf derart vermehren, dass Imperien daraus resultierten; Imperien hingegen, deren Dominanz sich nur noch abnehmend zur Geltung brächte, könnten schrumpfen, selbst einverleibt werden und letztlich womöglich ganz verschwinden. Oder aber sie könnten sich so transformieren, dass vom vormaligen Imperialitätscharakter politisch kaum noch etwas erkennbar bliebe – sie könnten etwa verstaatlichen oder sich bündnerisch supranationalisieren.

Theoretisch-systematische Unterscheidungen hingegen benötigen Idealmodelle, die historische Prozesse und die in ihnen emergierenden Mischformen auf analytisch klare Typen einschmelzen. Im ersteren Fall einer zyklischen Imperialitätsvorstellung stünde daher zur Debatte, ob ein über lange Zeiträume hinweg immer wieder erfolgreich geltend gemachter, weltpolitischer Supermachtstatus ein Imperium definiert. Für die punktuelle Variante stünde zur definitiven Entscheidung, ob die kurzfristig reklamierten Ziele einer aggressiv asymmetrischen Außenpolitik ein Imperium ausmachen. Im dritten Fall schließlich wäre zu berücksichtigen, ob und wie nachhaltig imperiale Modi in moderatere, symmetrischere Politikstile überführt werden, wodurch ein vormalig imperialer Charakter schleichend verschwände. Das Gegeneinanderstellen punktuell-statisch existierender Weltordnungen aber, das dann beispielsweise *entweder* von Staatssouveränität *oder* von Imperialität *oder* von Interpretationen eines globalen Konstitutionalismus

ausginge, genügt der Untersuchung imperialer *Prozesse* kaum (vgl. u.a. Zürn 2007: 684). Da Imperialität, so Herfried Münkler (2005b: 110), auch durch die Flexibilität gekennzeichnet ist, »Probleme und Herausforderungen [...] nach Möglichkeit in die Zone zu verlagern, wo sie am besten und effektivsten bearbeitet werden können« – was für Staaten einem »Prozess der Selbstauflösung« gleichkäme –, ist gerade für die Außenpolitik der USA nicht immer auszumachen, welche Weltordnungsmodelle durch sie tangiert bzw. präferiert und gestärkt, kritisiert und geschwächt werden oder für die Zukunft erwünscht und daher erst noch zu schaffen sind.

Entsprechend müsste eigentlich äußerst skeptisch auf all jene Weltordnungsanalysen geblickt werden, die internationale Machtverteilungen und Diagnosen wie Prognosen auf Basis statischer bis kurzfristiger oder regionaler bis punktueller Beobachtungen erstellen. Niemand wird ernsthaft Mikronesien imperiale Ambitionen attestieren, bloß weil es 2003 nominell der sogenannten »coalition of the willing« angehörte. Genauso wenig überzeugt es, imperiumsinteressierte Analysen über die USA mit Verweis auf den relationalen Aufstieg Chinas zu diskreditieren. Für die Frage nach womöglich imperiumszyklischen Rhythmen versus linearer Fortschrittlichkeit US-amerikanischer Außenpolitik kann nicht allein entscheidend sein,⁷ wer mit den Vereinigten Staaten in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft auf Augenhöhe oder darunter konkurriert oder kooperiert.

Relevanter ist die imperiumstheoretisch vor allem von Münkler herausgestellte zyklische Vorstellung von Imperialität: Sie beobachtet, dass sich viele Imperien einerseits in extensiven Kontraktionen formten und auch in solchen Wellenbewegungen niedergingen, dass diese Wellenbewegungen ande-

⁷ Dieser Blickwinkel ist mutmaßlich noch präzisierungsbedürftig, da Missverständnisse provoziert werden, sobald imperiumstheoretische und imperialhistorische Perspektiven mit nationalgeschichtlichen Großzählungen, verfassungskomparativen Aspekten und obendrein noch restantiken, zyklischenanalytischen, und modernen, fortschrittsideologischen, Theoremen verschmelzen. Durch einige Ausschlüsse lassen sich Missverständnisse wenigstens reduzieren: Es soll hier weder um Fragen einer *translatio imperii* gehen, noch um die Analyse welt-systemischer Hegemonialzyklen, wie sie etwa mit dem Namen Immanuel Wallerstein verbunden ist (vgl. dazu in recht aktueller Kurzfassung Wallerstein 2004); die Ablösung oder Beerbung eines Imperiums durch ein anderes steht hier nicht im Vordergrund. Insofern können auch welthistorische Abläufe weitgehend ignoriert werden, die geschichtsphilosophisch in langen, imperiumsübergreifenden Zyklen interpretiert werden (dazu Münkler 2009), etwa solche, die, wie J. G. A. Pocock (2003: 127) zu Recht anmerkt, in der mittelalterlichen Idee der *translatio imperii* geradewegs die Antithese zum Modell imperialen Aufstiegs, Nieder- und Untergangs erkennen, denn hier werden verschiedene Reiche in ihrer legitimierungspolitischen Kontinuität untersucht, nicht aber die wellenartigen Machtausschläge eines faktisch einzigen Reiches.

rerseits nur dann als solche erkennbar sind, wenn sie auch als Konjunkturen des Einsatzes *bestimmter* Machtformen beobachtet werden, und zwar nicht nur militärischer. Der Einsatz anderer Machtsorten bzw. die Konvertierung etwa ökonomischer in politische Macht und dieser in zivilisatorische usw., kurzum, die Überführung von *hard* in *soft power* würde sodann freilich dazu führen, dass teilnehmende Beobachter je nach Blickwinkel eine entsprechende Großmacht mal als Imperium evaluieren und mal nicht – was zweifelsohne von Vorteil für imperiale Legitimierungsstrategien sein kann (dazu Münkler 2005a: 105–127; Biskamp 2010: 109–148). Münkler (2009: insb. 222ff.) hat zudem in einem jüngeren komparatistischen Beitrag den Vorschlag gemacht, Großmachtphänomene stationär-konzentrischer Art wie etwa China als eigenen Typus zu begreifen: als »Imperienbildung, die sich immer wieder in demselben Raum vollzieht und durch periodisch auftretende Zerfallsprozesse unterbrochen wird.« Ist diese Perspektivierung auch nicht vollends deckungsgleich mit der hier vorgeschlagenen, verdeutlicht sie doch, warum Imperiumsevaluationen im Längsschnitt mit kurzfristigen Beobachtungen zwangsläufig in Konkurrenz stehen.

Just diese Situation scheint sowohl für einen erheblichen Teil der politikwissenschaftlichen Disziplin der IB zuzutreffen wie auch für die nationale Eigenperspektive der USA. Letztere rekurriert traditionell auf den Mythos amerikanischer Exzeptionalität, die zwar nicht unbedingt als nationalkulturelle Antithese zum imperialen Geschichtsmodell des *rise, decline and fall* interpretiert werden braucht – denn die Abstiegs- und Untergangsfurcht wird nicht gebannt. Der exzeptionalistische Gedanke bestärkt aber eine lineare Geschichtsinterpretation, die einerseits für die Beobachtung von Temporalrhythmen wellenartig imperialer Ausschläge relativ unempfindlich bleibt und andererseits einem dynamisch-progressiven Nationsdenken huldigt, bei dem kritische Reflexionen imperial-repetitiver Muster strukturell vermieden werden, weil nach Abklingen der Symptome auch das Problem gelöst scheint (siehe dazu etwa Hausteiner u.a. 2010). Für die langfristige Beobachtung und die Prognosefähigkeit internationaler Beziehungen ist diese freilich schematische Gegenüberstellung höchst relevant, da sich auch für die US-Außenpolitik solche Muster historisch und gegenwartsempirisch nachweisen lassen, die sich dem reinen Fortschrittsschema nicht nur verweigern, sondern deren Merkmale und Konsequenzen gerade mit den Analyseinstrumentarien der IB schwer erfassbar sind und zudem um innenpolitische Beobachtungen ergänzt gehörten.

Es dürfte diese nicht zuletzt den Zeitraum imperiumsinteressierter Fragestellungen minimierende Deutungsvielfalt sein, aus der sich die Varianz und Kreativität des jüngeren Diskurses über Herkunft, Gestalt und Zukunft eines wie auch immer zu beschreibenden oder zu bewertenden American Empire speisten. Schließlich waren in diesen Diskurs viele Teilnehmer involviert, denen die bis dahin beinahe vollständig imperiumsblinde Fortschritts-teleologie internationaler Politik so selbstverständlich geworden war, dass auch nur die Idee etwaiger Veränderungen zu monopolistischeren, unilateraleren Politikstilen als reaktionär, rückschrittlich und zumal in einer von den neuen, implizit kontraimperialen *Global-Governance*-Paradigmen geprägten Phase unglaublich erscheinen musste. Umso mehr aber verschärften sich Vielfalt und Kreativität des Empire-Diskurses auch durch die Beobachtung, wenigstens aber das »Gefühl«, dass die wenigsten Erscheinungen der immens asymmetrisch auftrumpfenden US-Außenpolitik der vergangenen Dekade aller Aufgeregtheit zum Trotz so neu nun auch wieder nicht waren, selbst wenn sie durch situative Besonderheiten charakterisiert gewesen sein und zu bemerkenswerten geostrategischen wie insgesamt weltpolitischen Veränderungen beigetragen haben mögen.

Andererseits aber helfen auch imperiumsinteressierte Rückblicke in die Weltgeschichte allein ebenso wenig wie ethische Bewertungen oder rein punktualistische Analysen weiter, wenn der *gegenwärtige* Weltmachtstatus der USA imperiumsklassifikatorisch evaluiert werden soll: Die Kriegsimperien Alexanders, Napoleons und Hitlers werden historiographisch ebenso als Imperien gewertet wie die dauerhaften Weltreiche der Geschichte von Rom über China bis zu den Briten – was sagt uns derlei politikwissenschaftlich schon über die USA? Diese Kriegsimperien imperialistisch und jene Großreiche imperial zu nennen, trägt offenkundig ebenfalls nicht, denn auch die langlebigen Reiche waren durch ein Wechselspiel expansionistischer und stabilisierender Phasen gekennzeichnet. Und selbst Unterwerfung versus Gefolgschaft, Kolonialisierung versus Anschluss, Hegemonie versus Bund, Ungleichheit versus Gleichheit, Asymmetrie versus Symmetrie sind mindestens knifflige Unterscheidungen, entziehen sie sich gegenwärtig doch aller analytischen Nützlichkeit und Notwendigkeit zum Trotz allzu oft einer auch politischen Eindeutigkeit.

Die zugleich antiimperiale wie imperialistische – und womöglich nun imperiale – Erfahrung der USA insbesondere ist es, die eine Evaluierung der Vereinigten Staaten und ihrer außenpolitischen Linien und Brüche wissenschaftlich und politisch erschweren. Denn so zutrifft, dass die »United Sta-

tes, with the revolutionary anticolonial history of 1776, yet replete with a tradition of a domestic territorialism at home and informal empire abroad, was better equipped to replace the old explicitly colonialist version with the ideology of development« (Reifer 2004: 2), sollte es kaum verwundern, dass es nicht nur zu einer wechselseitigen Ablösung einzelner Großmächte kommt, sondern *parallel* dazu auch zu einer Transformation imperialer Politikstile selbst und folglich zu einem zunächst verunsichernd vieldeutigen Wandel von deren Bewertungen. Mithin stehen Untersuchungsobjekte *und* Untersuchungsmethoden im Wandel. Auch daher gilt es im Sinne des hiesigen Artikelstitels die altbewährte Überzeugung zu hinterfragen, nach der wir die internationale Politik seit etwa hundert Jahren als einen Wandel *von* imperialen *zu* internationalen Beziehungen zu analysieren hätten. Legen uns schließlich nicht auch die Analysemethoden, -episteme und -paradigmen nahe, einen solchen politischen Wandel selbst gegen empirisch genährte Bedenken gefälligst vorfinden zu sollen?

IV

Von hier ausgehend lassen sich nun eine Reihe von imperiumstheoretisch relevanten Anfragen an die Theorie- und Deutungsangebote der Internationalen Politik und IB als akademische Disziplin einleiten. Denn die diversen Kombinationsmöglichkeiten dieser eher theorienschematisch forschenden Disziplin bleiben anscheinend, sobald es um US-amerikanische Außenpolitik geht, den Positionen der beiden amerikanischen »Urtheorien« (Zangl/Zürn 2003: 25) internationaler Politik verpflichtet: Idealismus und Realismus. Ihre diversen Erweiterungen, Differenzierungen und Alternativbezeichnungen (wie Funktionalismus, Institutionalismus, Konstruktivismus usw. sowie deren Präfix- und Suffix-, gewöhnlich »Neo«- oder »Post«-Varianten) müssen hier zunächst außen vor bleiben (dazu Krell 2000); dies zumal – Michael Zürn (2007) wies darauf hin – sich für die IB empirisch kaum prüfen ließe, ob eine konservativ machtrealistisch argumentierende oder eine idealistisch-institutionalistische Theorieschule die Realität besser abbildet. Schon beide Grundmodelle fänden sich mit dem Übergang von der nationalen zu einer postnationalen bzw. de-nationalisierenden Konstellation konfrontiert (dazu schon Zürn 1998), der, so Zürn und Bernhard Zangl (2003: 269), eine »Revision unserer Theorien über internationale Politik« erfordere. Ein »solcher

Wandel wäre nämlich ähnlich grundlegend wie der Übergang von der Feudalordnung des Mittelalters zum territorial definierten Staatensystem der Neuzeit« (ebd.).

Hier zeigt sich also zunächst, dass der territorial institutionalisierte Flächennationalstaat westeuropäischer Prägung, der mittels »methodologischem Nationalismus« (Beck 2003) zur zeitweisen Leitwährung politologischer Analysen geworden war, kein politisch generalisierbarer Faktor, sondern stärker eine ideenschematische Kontrastkategorie zur Analyse unstaatlicher, antistaatlicher und überstaatlicher politischer Prozesse ist. Kaum eine politikwissenschaftliche Analyse rechnet noch mit der normativen Rückkehr bzw. weltpolitischen Emergenz des souveränen Staatlichkeitsmodells (vgl. statt vieler Zürn 2007: insb. 684–688). Als epistemisches und politisches Ordnungsmodell ist territoriale, souveräne und nationale Staatlichkeit sowie deren nach innen ideal, nach außen real republikanisch angelegte Verfasstheit zweifelsohne als ein politiktheoretisches Kunstwerk zu bewundern; historisch haben wir es als Ausnahmerecheinung anzusprechen, deren Auftauchen erstaunen und deren derzeitige Transformation unbekanntem Ausgangs manch einer bedauern mag (dazu Huhnholz 2012b).

Vor solchem Hintergrund überrascht es nicht, dass auch die IB eine Rückorientierung auf ihre einstigen Grundtheorien vornehmen. Sie tun dies jedoch bezeichnenderweise auf eine Art, die sowohl theoretisch wie empirisch Parallelen zum Entstehungskontext der Disziplin aufweist. Sowohl »Realisten als auch Institutionalist« hätten, so Zürn (2007: 680), »ihre Sichtweisen über das internationale System in den letzten 15 Jahren radikalisiert. Die einen sprechen nicht mehr nur von Bipolarität und Hegemonie, sondern von Unipolarität und Imperium; die anderen nicht mehr nur von Regimen und Institutionen, sondern von Global Governance und Konstitutionalisierung«. ⁸ Hinter dieser Radikalisierung stehen offensichtlich die seit dem bei Thukydides schematisierten Dialog zwischen Athenern und Meliern bekannten Konflikte: Die einen plädieren für die Anerkennung faktischer

⁸ Diese in meinen Augen zwar kategorial etwas schiefe Beobachtung – für »Realisten« stehen bei Zürn viele Fachbereiche, für »Idealisten« (bei Zürn identisch mit »Institutionalisten«) indes überwiegend Vertreter der IB – trifft gleichwohl die Schärfe der für die etablierten Kategorisierungen mittlerweile entstandenen Verwirrungen. Aus imperiumstheoretischer Sicht muss ergänzt werden, dass unterhalb solcher Radikalisierungen auch verloren geht, dass – ähnlich wie der Begriff »supranational« und die Bezeichnung *Global Governance* – gegenwärtige Analysekonzepte wie »transnationale Beziehungen« in ihren ursprünglichen Definitionen durchaus die Integration imperialer Politikstile zuließen, wohl aber mit der Zeit vergessen oder fortdefiniert wurden.

Machtunterschiede, die anderen optieren für einen Ausgleich; diese stehen für die Politik der Stärke, jene für das Recht der Gleichen, diese für »full spectrum dominance«, jene für »Weltinnenpolitik«, diese für die normative Kraft des Faktischen, jene für normative Selbstbindung usw. Wie zu sehen ist, darf den Begriffen vertraut werden: »Realisten berufen sich auf die Wirklichkeit internationaler Politik [...], Idealisten beschwören die Wirksamkeit von Ideen und Idealen« (Schweigler 2008: 349f.).

Mit Blick auf alle eingangs beschriebenen Bestimmungswirungen über das Konzept von Imperium und Imperialität, wie sie sich im Zuge der jüngeren Weltpolitik der USA in den vergangenen Jahren ergaben, könnte allerdings eine Umkehr der genannten IB-Perspektiven gewagt werden: Was, wenn nicht Imperienkonzepte abhängig von den Deutungsangeboten der IB wären, sondern deren Deutungsangebote in imperiale Analyseprägungen verstrickt? Edward Said etwa hat entsprechende Verbindungen zwischen US-amerikanischer Politiktheoriebildung und kaschierter Imperialität gezogen (1994: insb. 301–408; 2003). Und ließe sich hinsichtlich US-amerikanischer Außenpolitik nicht tatsächlich konstatieren, dass sie seit jeher zwischen idealistischen und realistischen Positionen changiert? Dann müsste auch berücksichtigt werden, dass die frühen Kategorisierungsversuche zu ideologischen Standardorientierungen dieser Außenpolitik mit der Begründungsphase der IB als akademischer Disziplin zusammenfielen, also ungefähr in die Zwischenweltkriegszeit. Erst damals hatte die Emanzipation der IB als US-politologischer Mutterdisziplin von den vordem eher philosophischen Ansätzen und Reflexionen von Thukydides über Hobbes bis Kant begonnen (dazu Krell 2000; Adcock 2003; Rudolf 2007a).

Für die Bestimmung imperiumstheoretischer Positionen wäre ein solcher Zusammenhang problematisch. Nicht nur gerieten Kausalbeziehungen zwischen Theoriebildung und Realpolitik auf den Prüfstand, auch die Zuordnungen imperialer Politikstile nach Maßgabe entweder idealistisch-institutionalistischer oder aber realistischer Schule gehörten hinterfragt, waren es vor knapp 100 Jahren doch nachgerade keine ausgewiesenen »Realisten«, die eine expansive Weltordnungspolitik verfochten. Wohl am geeignetsten für eine skeptische Untersuchung erscheint ein klassisches Schema außenpolitischer Grundpositionen der USA. Es erinnert daran, dass sich deren periodisches Changieren zwischen idealistischen und realistischen Polen traditionell nicht so sehr durch außenpolitische Objektivitäten erklärt als anhand innenpolitischer Stimmungen: »Jede Analyse amerikanischer Außenpolitik muss [...] mit dieser Grundbedingung beginnen: Außenpolitik ist Innenpolitik«

(Schweigler 2008: 344).⁹ Das herkömmliche Raster für die ideologische Schematisierung dürfte allgemein vertraut sein, Studierenden wird es seit Jahrzehnten als Standard vermittelt:

	<i>Realismus</i>	<i>Idealismus</i>	
<i>Isolationismus</i>	»Festung Amerika«	»Great Society«	»America First«
<i>Expansionismus/ Interventionismus</i>	»Schlachtschiff Amerika«	»Global Society«	»America No. 1«

Wie, so lässt sich nun fragen, kann mit einer Kombination aus diesem Schema US-außenpolitischer Grundorientierungen und den dafür theoretisch zur Verfügung stehenden Deutungsangeboten der IB nicht nur zeitweises imperiales Handeln der USA, sondern Imperialität als solche erschlossen werden, ohne regelmäßig konstatieren zu müssen, dass auf eine expansionistisch-interventionistische Phase (zum Beispiel aufgrund entweder idealistischer Demokratisierungsmissionen oder realistischer Selbstverteidigungen) ein isolationistischer Rückzug (zum Beispiel aufgrund realistisch erschöpfter Mittel oder idealistisch fehlender Unterstützung der Heimatfront) folgt? Was zudem, wenn vielleicht schon das obige Modell US-außenpolitischer Orientierungslinien selbst *in seiner Gesamtheit* viele Ausprägungen imperialer Außenpolitik abdeckte und insofern gar nicht sektoral als Vielfalt, sondern nur historisch als Einheit zu untersuchen wäre? Wie, um es abermals zuzuspitzen, sollte denn ernsthaft angenommen werden können, dass sich ein Attribut wie »empire« *innerhalb* eines solchen Schemas abtragen ließe, statt selbst das Schema zu sein oder es metaschematisch zu überwölben? Bildeten also nicht zuletzt die zuvor genannten, grundlegenden und just aus den Varianten US-amerikanischer Außenpolitik entstandenen Theorieschulen der IB selbst nur partiell ab, was sie im Interesse der Identifizierung von imperialer Politik als Gesamtheit zu interpretieren hätten? Müsste man also nicht noch einen Schritt weiter gehen und berücksichtigen, dass die Grundlagen für die heute etablierten Denkschulen internationaler Politik im Zeitalter des Hochimperialismus gelegt und die theoretisch ordnenden Staats-

⁹ Von Schweigler (2008: 350) ist auch das folgende tabellarische Grundschemata übernommen und um »Isolationismus«, »Expansionismus/Interventionismus« erweitert.

kontaktmodelle eines internationalen, »westfälischen« Systems in der imperialen Ära des Kalten Krieges verfeinert worden waren?

Die Urtheoriebildungen der IB vollzogen sich ohne Zweifel einst unter zunächst hochimperialistischen, dann imperiumskonkurrenzial bipolaren Voraussetzungen, die strukturell der theoretischen Anlage einer Disziplin für mehr oder minder gleichberechtigte Staaten widersprachen und womöglich deshalb besonders leicht auszublenzen waren. Der auch im Amerikanischen gängige, vermeintlich neutral das internationale Staatensystem implizierende Terminus der *World Politics* verweist noch auf seinen hochimperialistischen Ursprung. Schließlich waren – Heinz Gollwitzer hat dies umfassend herausgearbeitet – um die vorletzte Jahrhundertwende Weltpolitik und Imperialismus in der politischen Semantik nahverwandt. Auch in der zeitgleich entstandenen Semantik eines amerikanischen »Pazifismus« hallt die originär expansionistische Verwandtschaft zum Imperialismus noch nach, bezeichnete »Pazifismus« doch nach formaler Schließung der kontinentalen *frontier* – die amerikanische Westküste war erreicht, die letzten überlebenden »Wilden« in Reservate verschumpft – keinen strengen Antimilitarismus, sondern eine geradewegs fortlaufende Westerweiterung der US-Einflussphäre in den Stillen Ozean. Den assoziativ entscheidenden Wortstamm *dieses* Pazifismus bildete nicht der lateinische Terminus der Friedfertigkeit und Friedenswilligkeit (*pacificus*), sondern der englische Begriff des (geo-)politisch ozeanischen Raumes (*Pacific Ocean*).

Auf das pazifische statt pazifistische Moment wiederum folgte eine Verwandlung dieses imperialistischen Vokabulars in ein internationalistisches (vgl. Gollwitzer 1972: 426ff.; 1982: 253), das bis heute möglich ist: Die *Washington Post* bezeichnete George W. Bush im Jahr 2002 als den »aggressivsten Internationalisten aller Präsidenten« – nachdem er über »60 Staaten, immerhin ein Drittel des Staatensystems, zum möglichen Objekt präemptiver Amerika-Militärschläge erklärte« (Czempiel 2003: 176 [inkl. Zeitungszitat]). Am Ende der ersten Amtszeit seines Nachfolgers Barack Obama scheint zwar wieder eine als neuer Isolationismus interpretierbare Phase eingetreten (Haass 2012). Diese aber zeigt sich eigentümlich begleitet von einer nach 100 Jahren gleich doppelt erneuerten Variante der Pazifischen Wende: Sie kommt sowohl im *frontier*-Gewand des »Go West!« daher wie auch im geopolitischen Duktus des vormaligen militärischen Pazifismus (vgl. Keller 2012; US-Verteidigungsministerium 2012). Die gemessen an konventionellen Deutungen so frappierende Diffusion jener Wende zeigt sich denn auch im Sprachgebrauch der parteidemokratischen US-Außenministerin, die die

eigentlich neokonservativ besetzte Formel des *American Century* aufgreift, wenn sie heute ein »pazifisches Jahrhundert Amerikas« proklamiert (Clinton 2012).

So scheint es, als setze sich hier auf mehreren Ebenen nur die vormalig noch um *9/11* herum gruppierte jüngste Empire-Debatte fort, die selbst bereits »keineswegs den bisherigen Strukturprinzipien von Außenpolitik- und IB-Forschung« gefolgt war (Gadinger u.a. 2008: 726f.). Das ist insbesondere relevant, da sich die IB den weltpolitisch virulenten Fragen postnationaler bzw. denationalisierter Staatlichkeit, geteilter Souveränitäten, transnationaler, »glokalisierender«, regionalisierender bis globalisierender Machtgefüge widmen, ja, entsprechende Beobachtungsperspektiven oft erst ermöglichen, kurzum, Weltordnungsperspektiven und dafür politisch geeignete oder abträgliche Ordnungsmodelle zu beobachten haben. Es sollte daher deutlich sein, dass auch nach Ende der Empire-Debatte um die Präsidentschaft George W. Bushs, die mancher als unrühmliche Ausnahme hoffte werten zu können (vgl. Howard 2008), mitnichten zu den konventionellen Erklärungsmustern zurückgekehrt werden kann – einem dem Amtsnachfolger präventiv verliehenen Friedensnobelpreis zum Trotz. Umso nachdrücklicher ist zu insistieren, dass der inneramerikanisch beendete Empire-Diskurs nicht verwechselt werden sollte mit einem Ende von Imperialität, als könnte nun zum politologischen Tagesgeschäft westfälischer Ordnungsperspektiven zurückgekehrt werden.

Imperien aber, so lässt sich feststellen, sind für die meisten Vertreter der politikwissenschaftlichen IB-Disziplin *gar keine* Ordnungsmodelle. Für die IB implizieren Imperien ungeachtet deren welthistorisch bis vor kurzem dominierenden weltordnungspolitischen Leitfunktion entweder eine Unordnung respektive Anomalie der Staatenwelt – sozusagen »Westfailure« von oben – oder sie werden, zum Beispiel für den Fall der Europäischen Union, in Kategorien der Supranationalität gedacht (vgl. dazu Schneckener 2011: 81–92). Diese Beobachtung gerät erst ins Blickfeld, begreift man eine globale »Westfalia« als methodischen »Mythos« (ebd.: 83) der IB, wenigstens aber als historische »Ausnahme« verglichen mit den Imperien der Weltgeschichte (Osterhammel 2006: 56). Letztere aber werden mit Verweis auf die Existenz multipler Gegenkräfte häufig fortdefiniert, oder ihre Relevanz wird in eine weitgehend diffuse Vergangenheit historisiert. Nur wenige, sodann meist theoretisch orientierte IB-Wissenschaftler wägen imperiumsanalytische Positionen überhaupt auch auf die Gefahr hin ab (wie oben z.B. Zürn 2007),

dass sie sich den gängigen Schematisierungen nach Realismus, Idealismus usw. gar nicht fügen.

Münkler hingegen hat wie manch anderer Imperienforscher immer wieder nachgezeichnet (z.B. 2005a; 2007: 269), dass viele Imperien der Weltgeschichte Mischformen waren, deren Zivilisierungsmissionen, deren Herrschaftserfolg und deren Dauer sich durch ein Wechselspiel von autoritärem Machtrealismus und Attraktivität reklamierender Selbstidealisierung sowie durch allenfalls selektiv verlässliche Kooperationen auszeichneten und darüber hinaus viele Varianten von Machtausübungen gleichzeitig und differenziert praktizierten. Schon die amerikanischen »Urtheorien« internationaler Politik suggerieren demgegenüber eine strikte Trennbarkeit, gemäß derer Akteure je nach tatsächlichem oder vermutetem politischen Zuschnitt als entweder realistisch oder aber idealistisch eingeordnet werden, was in der Untersuchungspraxis allerdings häufig auf die mitlaufende Bezichtigung Imperialist versus Antiimperialist hinauszu laufen scheint, wodurch die Kategorien dann völlig *ad absurdum* geführt werden.¹⁰ Fragen danach, was Imperien sind, und vor allem: warum sie überhaupt in nur eine Variante von IB-disziplinären Theorieschulen gehören und passen sollten, wo ihr Anspruch und ihre Gestalt doch gewöhnlich universeller Art ist, geht in solchen Perspektiven zu häufig verloren.

Schon verschiedentlich ist darauf hingewiesen worden, dass die IB-Disziplin zwar historisch konkret entstanden ist, ihre Konzepte indes weitgehend ahistorisch grundiert sind: Geschichte scheint für die IB mehrheitlich instrumentell relevant – wenn sie sich den jeweils gerade paradigmatischen Denkschemata fügt.¹¹ Zugleich entstammen die wissenschaftskulturellen Ursprünge dieser instrumentellen Geschichtsbeliebigkeit einer den voramerikanischen Zeitläuften nicht selten entflohenen nordamerikanischen Denk-

10 Denn diese Trennung suggeriert Analyse, wie schnell ersichtlich wird, schaut man sich die Zuordnungen an, mit denen in manchen Publikationen Argumente und Positionen weniger durch Ausformulierung als vielmehr durch Nennung von Autorennamen angedeutet werden: »Czempiel« oder »Wilson« stehen dann für »Idealismus«, »Morgenthau« und »Kissinger« für »Realismus« usw. Diese alten Zuordnungskriterien entsprechen der Gegenwart aber kaum mehr; bedenklich ist auch, dass Eingemeindungen stattfinden, durch die dann etwa der Journalist Josef Joffe sich als »klassischer Realist« charakterisiert sieht, weil er George W. Bush »eine neue Form des Wilsonischen Idealismus« unterstelle usw., so in diesem Fall bei Krause (2008: 69).

11 Siehe u.a. Osiander (2008: insb. 1). Historisch-systematische Schematisierungen finden sich bei Meyers (1990: insb. 60); kritisch bei Daase/Junk (2012: insb. 133) und Zürn/Zangl (2003). Zur Seltenheit systematischer Außenpolitiküberlegungen in der vormoderernen Ideengeschichte vgl. Bellers (1996b).

tradition, deren zivilisationsmissionarischer Idealismus sich ohnehin mit einem antiimperialistischen Realismus paart und so für ein imperiumsanalytisches Denken entweder unempfindlich bleibt oder sich nur unter Inkaufnahme erheblicher Kategorienverwirrungen, ideologieanalytischer Paradoxien oder gar vorgeblich bis tatsächlich antiamerikanischer Implikationen in Frage stellen lässt. Claus Offe etwa schreibt im Jahr 2004 (57) unter Missachtung herkömmlicher Selbstbeschreibungen der differenzierten IB-Schulen und mit Verweis auf Hans Morgenthau schon 1948 erschienenenes Standardwerk zu den *Politics Among Nations*, es dominiere

»zumindest in der ›realistischen‹ Schule der Theorie der internationalen Beziehungen die affirmative Selbstbeschreibung (und Selbstbewunderung) der USA als ein Modell für die übrige Welt, als eine Kraft, die missionarisch den eigenen Werten zur weltweiten Verbreitung zu verhelfen hat, auf die Methodik moderner Kreuzzüge setzt und ihre dabei erzielten Erfolge in den Formen imperialer Vorherrschaft zu sichern bestrebt ist. In diesen Bestrebungen setzt sich das in der heroischen Erzählung amerikanischer Geschichte gefeierte Verlangen durch, eine immer weiter nach außen verschobene ›frontier‹ zu transzendieren.«

Gegenüber einer solchen (wenn auch offensichtlich durch die weltpolitische Lage des Jahres 2003 beeinflussten) Sicht werden andere weiterhin betonen, es handele sich um Verwechslungen, denn es stelle gerade doch der »außenpolitische Realismus in der Tradition von Hans Morgenthau, George Kennan oder Henry Kissinger die Denkschule dar, von der sich Neokonservative wie Fukuyama oder Kagan am meisten abgrenzen. In vielen Prämissen bauen sie zwar auf den Realisten auf. Anders als diese plädieren sie für einen weltpolitischen Interventionismus, der aber mit dem Wilsonianismus nicht mehr viel zu tun hat« (Patel 2003: 102). Und auch weiterhin mag man es für gewichtig halten, wenn wie im Jahr 2002 »32 prominent international relation scholars, most of them realists, bought an ad in the *New York Times* to make their case against the Bush strategy. Including among them was the leading proponent of the ›offensive realism‹ school of thought, John Mearsheimer« (Snyder 2003: 37). Warum indes die seinerzeit präsidentielle Präferenz für einen »völkerrechtlichen Nihilismus« mit dem theoretischen Realismus Morgenthau oder dem praktischen Kissingers unvereinbar sein sollte, erklärt all derlei weiterhin nicht.¹² Der Verweis auf Traditionen und Konventionen genügt als alleiniges Plausibilitätskriterium nicht. Es bedarf weiterer Suchen nach Synthesen und offeneren Erklärungsmodellen.

12 Vgl. dazu Rohde (2004); ebendort auch (212) die Formulierung »völkerrechtlicher Nihilismus«.

V

Die imperiale Problemstellung, so ein Synthesevorschlag, betrifft offensichtlich beide Seiten jener staatsgrenzpolitischen Unterscheidung, die wir gemeinhin nach Innen- und Außenpolitik treffen. In der politischen Systemlehre gilt es als ebenso alte wie beliebte Prüfungsfrage, ob der US-amerikanische Präsident eine Art gewählter Diktator sei. Der Verweishintergrund ist hinlänglich bekannt, er spielt mit der nach aristotelischen Vorläufern bei Polybios und Cicero theoretisierten, durch Machiavelli und die nordamerikanischen Gründerväter nachantiker wieder aufgegriffenen Idee einer republikanischen Mischkonstitution. In ihr stünden, so die Annahme, nicht die mehr oder minder guten und gerechten antiken Verfassungen (Monarchie, Aristokratie und Demokratie resp., bei Aristoteles, Politie) gegeneinander und wechselten sich folglich einander allenfalls ab. Vielmehr seien sie einander institutionell zugunsten wechselseitiger Kontrolle und Balancierung stabil verschränkt (vgl. Riklin 2006; Nippel 1980).

Solche vordem versteckten und jüngst wieder vielgestaltig aktualisierten Antikereferenzen aber lassen vermuten, dass die moderne Mischverfassung der USA gar nicht so frei von den einstmals konjunkturell gedachten Schwankungen eines antiken Verfassungskreislaufs ist, dass sie mithin ihre *checks and balances* weniger institutionell als vielmehr temporal ausprägt – wie von den Gründervätern mit Blick auf Polybios übrigens auch gedacht (vgl. Riklin 2006; ferner Hansen 2010), denn dessen erst später republikanismustheoretisch anverwandelte Konzepte von Mischverfassung und Verfassungskreislauf ließen seinerzeit ebenso wenig Zweifel an imperialen Überlagerungen zu wie deren bekanntester römischer Interpret – Cicero –, später Machiavelli und nicht zuletzt die ideenhistorisch versierten Protagonisten der amerikanischen Revolutionszeit. James Madison spricht im berühmten zehnten Föderalistenartikel offen an, dass der Vorzug einer solchermaßen stärker großräumig republikanischen denn stadtstaatlich demokratischen Verfassungsvariante die Vergrößerung des Territoriums und seiner Bevölkerung zur Voraussetzung habe, denn nur so ließen sich die bis dahin weitgehend als Chaos-anfällig rezipierten, überbordenden Freiheitsspielräume einer Demokratie verhindern (Hamilton u.a. 1994: insb. 51).

Womöglich also hieße all dies, mit Blick auf die Frage nach wie auch immer im Detail ausgeprägter US-amerikanischer Imperialität verfassungspolitische, außenpolitikanalytische und stärker historisch gewichtete Untersuchungen weltpolitischer Schwankungen zukünftig stärker miteinander

kombinieren zu müssen. Denn vielleicht sind moderne Mischverfassungen, wo sie, wie die amerikanische, auf das antike Rom rekurrieren (Sellers 1994), gar nicht dazu angetan, außenpolitische Phänomene wie Imperialismus, exterritoriale Foltergefängnisse oder Angriffskriege zu verhindern. Sollten sie nicht eher sicherstellen, dass *danach* die innenpolitische Balance der Republik wiederhergestellt wird – war dies nicht zumindest das von Polybios gelüftete »Geheimnis« der römischen Mischverfassung und ihres Erfolges? Warum sollte dann nicht auch in den USA der rechtzeitige »Change!« als Element jener verfassungsidealen »checks« dienen, die die exekutiven Exzesse immer dann gerade noch rechtzeitig isolationistisch gegenbalancieren, wenn die Folgen einer imperialen Außenpolitik ins Mutterland zurückzuschlagen drohen?

Diese tentativen Überlegungen und weiterführende könnten dazu anhalten, die unzähligen jüngeren Fragen und Sorgen um etwaige amerikanische Imperialität wieder stärker aus dem Korsett bloß außenpolitisch bis international interessierter Fragestellungen zu emanzipieren, ja überhaupt Langzeitbeobachtungen wie etwa Offes nachzuspüren, der davon ausgeht, dass gerade aufgrund der in diesem republikanischen Verfassungsverständnis fehlenden »nationale[n] ›Volkssouveränität« seit der Bundesstaatendebatte »eine umso schärfer akzentuierte ›Staatssouveränität« ermöglicht würde, »die sich – sei es isolationistisch, sei es interventionistisch – in den Außenbeziehungen der USA zur Geltung« bringe (2004: 56f.). Unter den Bedingungen des damals noch lange nicht ausgeschöpften Raumreservoirs Nordamerikas stellte sich die Frage einer möglicherweise imperialen Überdehnung schließlich noch nicht (Ninkovich 2005). Die von späteren Beobachtern als »internal empire« und »imperiale Republik«, von Osterhammel gar als »sekundäre Reichsbildung« (2009: 644) beschriebene innerkontinentale Expansion wurde wohl auch deshalb weniger herrschaftspolitisch denn raumerschließend gedacht, und zwar *obwohl* imperiale Semantiken von den Föderalisten bis zu den ersten Präsidenten von Washington über Adams bis Jefferson reichen.¹³

Konjunkturen imperialer Selbstbeschreibungen der USA und deren sowohl affirmative Instrumentalisierung wie auch deren kritische Reflexion lassen sich bereits in der Revolutionszeit nachweisen, dann wieder in der *antebellum*-Ära zur Mitte des 19. Jahrhunderts, zu dessen Ausgang, der Ära des Hochimperialismus also, in der Zwischenweltkriegszeit, später in der Vorphase und während des Vietnamkrieges und nun auch, wenngleich in

13 Vgl. nur als Beispiel für den Letzteren Onuf (2000). Von Washington stammt im Übrigen bereits das für van Alstyne (1960: 1) Titel gebende Zitat vom *Rising Empire*.

bislang unerreichter Intensität und Breite, seit Beginn des dritten Jahrtausends unserer Zeitrechnung, kurzum, in Abständen von etwa 30 bis 70 Jahren.¹⁴ Und insbesondere in den beiden letztgenannten Phasen kovariierten diese Höhepunkte mit kritischen inneramerikanischen Anfragen an die Funktionalität eines politischen Systems, das der Exekutive weitreichende Befugnisse für außen- und weltpolitisch folgenschwere Waffengänge in einem Ausmaß einräumt, das für die Verfassungsväter und deren antiimperialen bzw. sich vom britischen Empire emanzipierenden Fokus schlichtweg undenkbar war.

Dass dabei die inneramerikanische Besorgnis um imperiale Exzesse stets eine überwiegend selbstreferentielle, innenpolitische Gestalt aufweist, markiert neben dem ideologischen Antiimperialismus einen weiteren Bruch mit der abendländischen Imperientradition, dessen Gründe nicht so sehr, wie man ja annehmen könnte, auf die US-amerikanische Beobachtung der Selbstzerstörung der Weimarer Republik zurückgerechnet werden können, vermutlich doch aber auch durch den Zweiten Weltkrieg und dessen gleich vierfach imperiumsrelevante Auswirkungen beeinflusst wurden: Das Deutsche Reich wurde gezwungen, die imperiale Weltbühne unwiderruflich zu verlassen,¹⁵ der Machtbereich der Sowjetunion wurde vergrößert und politisch stabilisiert, die USA rückten in die Position des durch den Weltkrieg endgültig ausgebluteten britischen Empires und nicht zuletzt im Zuge von dessen Schrumpfung begann eine Ära entkolonialisierender Bewegungen und imperialer Rückzüge, welche die Nationalisierung der früheren Imperien und ihrer einstigen Bestandteile weiter forcierte.

Aus nationaler Perspektive der USA kam dieser Prozess nämlich keiner Selbstimperialisierung gleich, sondern wurde als fortschreitende Demokrati-

14 Die Quellenlage hierzu ist ebenso hervorragend wie kleinteilig zerstreut. Es fehlt meines Wissens an einer begriffshistorischen Kompilation vom Zuschnitt der *Geschichtlichen Grundbegriffe*; solches wird im angloamerikanischen Wissenschaftsraum durch eher historische Ansätze wie die der *Cambridge School* geleistet. Perspektiven einer historisch fundierten Semantologie des angloamerikanischen Empire-Begriffs finden sich im Werk Richard Koebners (vgl. dazu auch für weitere Quellen Koebner 2011 [1953]; 2010 [1964]; in größerem Kontext auch Koebner 1961) und Muldoons (1999). Die o. g. Phasen bis in seine Zeit hinein mit Quellen belegt hat u. a. van Alstyne (1960).

15 Nachdem es allerdings das auch für die US-amerikanische Politiktradition wichtige Deutungsmuster der von Theodor Mommsen und, zeitgleich zum Nationalsozialismus, von Ronald Syme »Römische Revolution« genannten Selbstvernichtung einer Republik mit diktatorisch-imperialen Folgen bestätigt und damit offenbar gefestigt hatte, was, soweit ich sehe, im zuletzt auch stark antikereferentiellen Diskurs über das US-Imperiumsverständnis und die Gründe für dessen Limitationen noch nirgends untersucht wurde.

sierung und Befreiung der Welt interpretiert. Die verbleibende Furcht speiste sich aus der neuen weltpolitischen Verantwortung, die das Risiko eines Überschwappens extremer Weltanschauungen in die stabilisierte westliche bzw. transatlantische Hemisphäre um beinahe jeden Preis zu minimieren suchte. Ähnlich wie Theodore Roosevelt 70 Jahre zuvor die »egal wie widerwillig« erfolgende »Ausübung internationaler Polizeigewalt« durch die USA mit dem »[c]hronische[n] Fehlverhalten oder eine[r] Unfähigkeit« zügelloser, zivilisierter Gesellschaften begründete (zit. nach Williams 1984: 99), legitimierte Henry Kissinger die Rolle seines Landes beim Putsch Pinochets in Chile 1973. Er sehe eben »nicht ein«, so Kissinger, »warum wir tatenlos zusehen und erlauben müßten, daß ein Land wegen der Unverantwortlichkeit seiner eigenen Bevölkerung kommunistisch wird« (zit. nach ebd.: 10).

Unterhalb dieser, in den 1960er und 70er Jahren anzueselnden, massiv militärinterventionistischen Außenpolitik der USA ist denn auch jener bis vor Kurzem noch letzte imperiumstheorierelevante Bruch zwischen Alter und Neuer Welt vollzogen worden. Denn sowohl amerikanische Befürworter als auch Kritiker eines »heimlichen Imperialismus« (Johnson 2000: 94ff.) argumentierten ihre Positionen fortan unter Berufung auf einen von Chalmers Johnson später so genannten »Rückstoß« – *blowback* – ins republikanische Mutterland (ebd.). Nur fürchteten diese den berüchtigten Dominoeffekt, die von Dwight D. Eisenhower mahnend postulierte Idee, von China ausgehend würden sukzessive immer weitere Staaten und letztlich womöglich die USA selbst der kommunistischen Ideologie und Herrschaft anheimfallen (dazu Kohl 2001), jene fürchteten hingegen (und tun dies bis heute, das Motiv zieht sich konstant bis in jüngste Debatten), das globale militärische Engagement der USA begünstige eine Diktatur im Inland.

Dementsprechend konnten gerade nach Ende des Kalten Krieges liberale und konservative Positionen im außenpolitischen und politikberatenden Establishment der USA zeitweise ununterscheidbar werden – denn beide konnten sich bis in die Mitte der 1990er Jahre durch die sowjetische Implosion und selbst noch durch den zeitgleichen zweiten Golfkrieg 1990/91 bestätigt sehen; *beide* kulminierten in der These vom »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992; vgl. später Kagan 2008), ein Dominoeffekt sei jetzt nur noch in der von Huntington (1992) als *Third Wave* beschriebenen Wende schrittweiser Demokratisierung und Liberalisierung von immer mehr Staaten der vormals gefährdeten Welt zu finden. Die weiterhin exekutiv dominierten Unternehmungen der von George Bush Sen. euphemisierten »aktiven

Außenpolitik« der USA schienen diesem Beobachtungs- und Erfahrungsrahmen nicht zu widersprechen.¹⁶

So muss umfassender berücksichtigt werden, wie wenig in der politischen Kultur und Semantik der USA das alteuropäische Imperiumsvokabular anschlussfähig ist. Denn es ist in den USA stärker mit innenpolitisch relevanten Ausnahmezuständen assoziiert und verweist mithin auf Probleme innerstaatlichen Krisenmanagements, einer »Constitutional Dictatorship« (dazu Levinson/Balkin 2010) oder, wie der bemerkenswerteste *terminus technicus* lautet, der im Rest der Welt meist fehlinterpretierten Sorge um die Auswüchse einer »Imperial Presidency« (dazu Schlesinger 2004; Schreyer 2008; Wilzewski 2010). Der antikereferenzielle Prototyp für solche Zustände ist denn in der US-Kultur traditionell auch nicht der Reichsgründer Augustus, sondern der Innenpolitiker Caesar – als ideenpolitisch untoter Totengräber der römischen Republik (vgl. Shalev 2009: 217; Wyke 2008).

Will man einen Zyklus, wenigstens vereinfacht, in all dem ausmachen, ließe sich feststellen, dass mit außenpolitisch angespannten Phasen eine innenpolitische Angstklimatisierung einhergeht, in der die Chiffre Caesar, Klagen über eine elektorale Monarchie, Befürchtungen einer Diktatur und von Ausnahmezustandsmaßnahmen usw. diskursiv verschmelzen, schließlich in diversen und nicht selten auch verschwörungstheoretisch gefärbten Diagnosen über eine gleichwie imperiale Präsidialität kulminieren, zu der wiederum eine Konjunktur der hier so zu nennenden *decline*-Literatur parallel läuft, um – der Logik einer personalen Imperialität im Innern angemessen – anschließend eine zunächst noch vorsichtige, allemal jedoch euphorisierte Publikationsflut hervorzubringen, die neue Hoffnungsträger sucht, *Quo vadis, Amerika?* fragt (Blätter 2008) und sich angesichts sodann selbstkritischer Töne »zuversichtlich« gestimmt sieht, dass »das wahre Erbe der Federalists« nun einmal mehr reimplementiert würde (Sonnicksen 2010: 167). Außenpolitische Exzesse, innenpolitische Hysterien und die auf sie folgenden nationalen Sinnkrisen wurden dabei zunehmend mit Amtsträgern – McCarthy, Nixon, Reagan, Bush etc. – identifiziert, kaum aber mit institutionellen oder gar konstitutionell verursachten Unzulänglichkeiten. Im Gegenteil: »Das auf

16 Stellt man dagegen etwa die parallele Entstehungsgeschichte al-Qaidas oder den Aufbau der bis heute nachwirkenden antischiitischen Koalitionen, erscheinen die damals als nachimperial imaginierten 1990er Jahre zugleich als vorimperialem Bedingung der später als American Empire apostrophierten Möglichkeiten, insofern transnationaler Terrorismus und imperiales Gegenhandeln einander raumpolitisch kongruent sind: Beide asymmetrieren aus entgegengesetzten Perspektiven die symmetrische »westfälische« Logik (vgl. Huhnholz 2010b; 2012a).

Selbstkontrolle ausgerichtete politische System der USA hat«, so Gebhard Schweigler (2008: 465), Professor für Internationale Beziehungen und Nationale Sicherheit an der Washingtoner National Defense University, »bei allen Schwierigkeiten in Einzelfällen, den Amerikanern über die Jahre hinweg vorzügliche Dienste geleistet und sie zur beherrschenden Weltmacht werden lassen.«

Denkt man sich imperiumstheoretisch solchermaßen eine Art inneren »Mischverfassungskreislauf«, stellen imperiale Außen- und republikanische Innenpolitik nicht nur keinen Widerspruch dar, sie lassen sich auch keiner ausschließlich demokratieaffinen Staatlichkeitsinterpretation zuschlagen und einer völkerrechtlich gleichberechtigten, symmetrischen, föderativen, vertraglich reziproken, kurzum, tendenziell weltrepublikanischen Idealvorstellung allemal nicht (dazu u.a. Balot 2010). Allerdings auch keinem von früheren Imperien her bekannten Muster. Nicht zuletzt daher rührt die oben benannte, neuerliche Popularität in den USA, sich selbst über ein ambivalentes römisches Spiegelbild zu reflektieren, bleibt die von Mommsen und Syme so genannte »Römische Revolution« Caesars doch das ebenso abschreckende wie tröstende Urbild einer imperialen Gesellschaft, die sich als gefährdete Republik selbst nicht zu diagnostizieren verstand und daher unterging, die ihre kulturellen und weltpolitischen Höhepunkte in Form des Reiches aber noch vor sich hatte (dazu Burton 2010; Huhnholz 2010b).

In der historischen Rückschau freilich mag man eher den Eindruck gewinnen, dass gar kein metaphorischer US-Rubikon droht, überschritten zu werden, sondern dass vielmehr längst eine einspurige Autobahn als Tunnel durch ihn hindurch verlegt wurde, die *abwechselnd* in die eine, dann wieder in die andere Richtung lenkt. Floris Biskamp spricht nach Sichtung verschiedener Theoriemodelle gar von einer »Dramaturgie demokratischer Imperien«, die die historische Beobachtung eines mehr oder minder zyklischen Dominantwerdens des mal stärker innenpolitischen Demokratiewertes und des mal stärker außen- bis weltpolitischen Stabilisierungsbestrebens mit militärischen Mitteln fortwährend in den Status einer empirisch plausiblen Hypothese für die Analyse US-amerikanischer Weltpolitik hebt (2010: insb. 109–148). Sie schließt an ältere Beobachtungen an (vgl. etwa Offe 2004: 56ff., 121–136), die ein imperiumstypisches »Wilson-Syndrom« betonen, also das von Raymond Aron als zyklisches »Schwanken zwischen Kreuzzug und Rückzug« (1975: 197) charakterisierte Dauermerkmal amerikanischer Außenpolitik, das sich, wie erwähnt, schon bei Tocqueville angedeutet findet – Peter Bender nannte Tocqueville treffend einen französischen Polybios der

USA (2003: 22; zur Nachwirkung Pitts 2005; Herb/Hidalgo 2007). Inneramerikanisch reflektiert findet es sich eigentlich nur während des Hochimperialismus, und dem Werk Gollwitzers bleibt die Beobachtung zu verdanken, dass von dort her eine amerikanische Theoriebildung des Internationalen ihren Ausgang nahm, die ihren imperialistischen Ursprung und dessen imperiale Phasen zwischen Isolationismus und »Amerikanismus« zusehends ausblendete: Da »die internationalen Beziehungen ganz überwiegend im Zeichen des Imperialismus vonstatten gingen [, hatte] weltpolitisches Denken, das die unmittelbare Realität suchte, infolgedessen dort anzuknüpfen« (1982: 253).

Im Übergang zu einer stärker internationalistischen bzw. zwischenstaatlichen Interpretationsweise expansionistischer Bestrebungen indes invisibilisierte sich dieser ursprüngliche Zusammenhang. Die Vorstellung eines imperialen »Americanism« wurde so universalisiert, dass sie gegenüber der »Realpolitik« der Alten Welt gemäßiger und wohlwollender erschien, dabei aber gerade ihre zivilisierungsmissionarische Seite umso mehr betonte. Entsprechend war der US-amerikanische »Antiimperialismus« der vorletzten Jahrhundertwende gerade nicht antiimperial oder imperiumsavers; er folgte nur nicht den europäischen Vorbildern (ebd.: 253–268). Und dass manche Teile dieses Übergangs vom offenen Imperialismus zum pathetischen Internationalismus mit politmissionarischen Implikationen in jüngerer Vergangenheit argumentative Wiedergänger fanden, mag sich zwar gut schematisieren lassen, so man eine realistische versus idealistisch-institutionalistische Evaluationsschablone auflegt. Nicht geklärt werden kann mit dieser jedoch, warum im jüngeren American-Empire-Diskurs diese Unterscheidungen bei diversen Autoren bruchlos miteinander verschmelzen bzw. warum Autoren, bei denen eine politische Lagerverortung anhand konventioneller Außenpolitikschulen mehr oder minder möglich zu sein scheint, entweder für oder aber gegen imperiale Politikstile optieren sollten statt nur für eine entweder robuste oder aber eine gemäßigte amerikanische Außenpolitik.

Gleichwohl ist auch das imperiumshistoriographisch paradigmatisch gewordene Muster vom *rise, decline and fall* nicht einfach untauglich für eine politische Analyse der USA. Es dürfte vielmehr auf komplexe Weise politisch nützlich sein, scheint doch *erstens* gerade aufgrund der ebenfalls zyklisch erfolgenden inneramerikanischen Debatten über einen *American decline* diese Nieder- oder gar Untergangsfurcht regelmäßig innenpolitisch deutungsmächtig zu werden und in den Status einer *self-defeating prophecy* zu gelan-

gen (dazu theoretisch Fischer 2011; empirisch Joffe 2009):¹⁷ Unter innenpolitisch deliberativen Gesichtspunkten also verweist die noch rudimentär imperiumsreflexive Dekadenz- und letztlich politische Verfallsprophetie auf das ihr analytisch eignende »Gegenstück«, nämlich, so ließe sich prognostizierungsmethodisch mit Robert K. Merton formulieren, auf eine »suicidal prophecy«. Jene änderte das menschliche Verhalten gegenüber dem Verlauf, den es ohne die Voraussage genommen hätte, so stark ab [...], daß die Voraussage nicht zur Wirklichkeit wird« (Merton 1965: 161, Anm. 1). Kein Geringerer als Huntington kommentierte schon die vorletzte, durch Paul Kennedys Werk *Rise and Fall of the Great Powers* Mitte der 1980er Jahre ausgelöste *decline*-Debatte dergestalt lakonisch: »[T]he more Americans worry about the health of their society, the healthier they are« (1988: 96).

Zweitens resultiert gerade aus einer nur in langen Beobachtungszeiträumen feststellbaren Zyklizität von einander abwechselnden expansiven Kontraktionen und isolationistischen Phasen zumindest für unsere Gegenwart notwendigerweise ein Streit der Fakultäten, da sich eine Regelmäßigkeit dem generationenübergreifend historischen Blick besser zu erkennen gibt als dem Analytischen einzelner politischer Etappen oder etwa dem in politisch erwünschten Selbstbeschreibungskategorien verhafteten Verfassungsjuristen etc. Dies jedoch verweist *zum Dritten* auf eine sodann auch kulturell ausgeprägte Verzerrung, die eine transatlantisch, geschweige denn global identische Interpretation national- und welthistorischer Höhepunkte US-amerikanischer Machtentfaltung nicht zulässt. Weltpolitische Höhepunkte solcher Machtentfaltung waren bis vor kurzem häufig zugleich Höhepunkte antiimperialistischer Siege: Unabhängigkeit vom British Empire, Sieg über den Nationalsozialismus, Eindämmung der sowjet- und frühen sinokommunistischen Expansion und schließlich Untergang des sowjetischen Imperiums selbst. Die seit 9/11 zuweilen hemmungsloseste Übertreibung der Gefahr, die von einer militanten, religiös wie politisch isolierten und zudem räumlich diffus verstreuten Minderheitenideologie wie dem Dschihadismus tatsächlich ausgeht (dazu Huhnholz 2010a), mag daher auch als Versuch verstanden werden, an die antiimperialistische Selbstbehauptungsgeschichte der US-amerikanischen Demokratie und Weltpolitik anzuknüpfen. Alle vorangegangenen Phasen hatte die US-amerikanische Demokratie nicht einfach nur überlebt. Sie ist vielfach gestärkt aus diesen Konflikten hervorgegangen. Wohl auch daher tendiert die »traditional American historiography [...] to agree that

17 Joffe (2009) beobachtet übrigens einen *decline*-Turnus in Abständen von zehn Jahren; vgl. ferner Altegör (2010).

America is not an empire. Imperialism is not democratic, and since America is a democracy it follows that it cannot be an empire« (Höglund 2007: 2).

VI

Was nun aber, so muss abschließend gefragt werden, ist geschehen, wenn quer durch alle traditionell so vertrauten politischen Lager und außenpolitischen Orientierungsschulen hindurch eine intellektuelle Reflexion in den USA in Gang gekommen ist, die teils überaus bedachte imperiumskomparatistische Perspektiven nur noch abnehmend scheut und sogar bereit ist, eine nicht selten recht positiv konnotierte Umdeutung imperialer Semantiken in Angriff zu nehmen? Einfache Antworten sind jenseits bloß antiamerikanischer Stereotype kaum zu haben. Und die innenpolitisch tradierte, synonyme Verwendung von Diktatur und »imperial« verbannt auch jede Spekulation über verfassungspolitische Intentionen in den Bereich der Hirngespinnste. Auch eine direkte Vergleichbarkeit der USA mit *allen* Imperien der Weltgeschichte wird zweifelsohne nicht als wünschenswertes Ziel der jüngeren begriffspolitischen Anverwandlungsversuche ausgemacht werden können. Vielleicht ist der ganze Diskurs über ein US-Empire tatsächlich auch nur eine durch eine weltpolitische Ausnahmesituation und durch zuweilen hilflose internationalistische Beschreibungsperspektiven verursachte Modeerscheinung gewesen, deren akademischer Nachhall bald einmal mehr verklingen wird – man wird sehen. Ob man es optimistisch abwarten sollte, ist allerdings eine andere Frage.

Denn womöglich sind wir auch Zeitzeugen eines mitnichten naiven, nur modischen oder gar bloß instrumentellen Versuchs, die imperialitätsempirisch und nationalgeschichtlich offensichtlichen Zyklen der US-amerikanischen Außenpolitik anschlussfähig zu machen für den alternativen Selbstbeschreibungsmythos der USA, die exzeptionalistische Großerzählung. Das dritte Glied der imperiumstheoretisch klassisch gewordenen Trias vom Aufstieg, Abstieg und Untergang eines jeden Imperiums würde hierbei zugunsten einer Amalgamierung zweier amerikanischer Großerzählungen ausgetauscht: Auf den Wellenberg des Aufstiegs und das Wellental des Abstiegs folgte dann kein allmähliches Verebben oder gar plötzliches Schrumpfen imperialer Größe, sondern vielmehr deren Wiederaufstieg bzw. deren Erneuerung in der Isolation. Das republikanische Geschichtsnarrativ eines misch-

verfasst eingehetzten Verfassungskreislaufs sähe sich hierbei »zum Guten« imperialisiert: Die imperiale Republik würde, dem Phönix-aus-der-Asche-Prinzip gleich,¹⁸ mehr oder minder regelmäßig zurechtgestutzt und revitalisiert – und entkäme so mithilfe einer exzeptionalistisch anverwandelten Imperialitätsselbstdeutung dem imperialen Untergangsschicksal bzw. verzögerte es wenigstens. Amerika sähe sich durch die Annahme einer solchen Lesart, so hoffen jedenfalls einige Beobachter, zu einem »transitionalen« Imperium erkoren, einem, dessen Großartigkeit Rom in den Schatten und zukünftige Imperien überflüssig machen solle, einem »final empire«, das in der Rhetorik des *Wilsonism* damit wirbt, ein »empire to end all empires« zu sein (Garrison 2004: 46 u. 166ff.) – wieder einmal.

Literatur

- Adcock, Robert (2003), The Emergence of Political Science as a Discipline: History and the Study of Politics in America, 1875–1910, *History of Political Thought*, Jg. 24, H. 3, S. 481–508.
- Adler, Eric (2008), Post-9/11 Views of Rome and the Nature of »Defensive Imperialism«, *International Journal of the Classical Tradition*, Jg. 15, H. 4, S. 587–610.
- Van Alstyne, Richard (1960), *The Rising American Empire. A Provocative Analysis of the Origins and Emergence of the United States as a National State*, New York/London.
- Altegör, Tim (2010), Der Verfall amerikanischer Vormacht. Rückkehr einer Debatte, *SWP-Zeitschriftenschau*, 3, 22.11.2012, http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/zeitschriftenschau/2010zs03_Altegoer_ks.pdf.
- Anghie, Antony (2004), *Imperialism, Sovereignty and the Making of International Law*, Cambridge.
- Aron, Raymond (1975), *Die imperiale Republik. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945*, Stuttgart/Zürich.
- Bacevich, Andrew J. (Hg.) (2003), *The Imperial Tense. Prospects and Problems of American Empire*, Chicago.
- Balot, Ryan (2010), Polybius' Advice to the Imperial Republic, *Political Theory*, Jg. 38, H. 4, S. 483–509.
- Barber, Benjamin B. (2003), *Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt*, München.

18 Dieses Verständnis ist freilich nicht identisch mit Wallerstein-referenziellen Analysen, die (z.B. Rennstich 2004), einen *Phoenix cycle* mächteübergreifend analysieren, also eine Art konkurrenz- und modernisierte und säkularisierte *translatio-imperii*-Deutung vornehmen.

- Beck, Ulrich (2003), Das Meta-Machtspiel der Weltpolitik. Kritik des methodologischen Nationalismus, in: Armin Nassehi/Markus Schroer (Hg.), *Der Begriff des Politischen* (Soziale Welt, Sonderband 14), Baden-Baden, S. 45–70.
- Behrends, Jan C. (2006), Amerika als Imperium. Ein Überblick zur neueren Literatur, *Zeithistorische Forschungen*, Jg. 3, H. 1, 12.10.2010, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Behrens-1-2006>.
- Bellers, Jürgen (1996a), Legitimationsprobleme der internationalen Politik, in: Ders. (Hg.), *Klassische Staatsentwürfe. Außenpolitisches Denken von Aristoteles bis heute*, Darmstadt, S. 1–10.
- (Hg.) (1996b), *Klassische Staatsentwürfe. Außenpolitisches Denken von Aristoteles bis heute*, Darmstadt.
- Bender, Peter (2003), *Weltmacht Amerika – Das neue Rom*, Stuttgart.
- Biskamp, Floris (2010), *Die Dramaturgie demokratischer Imperien. Über das Verhältnis von Imperialität und Demokratie in der Debatte um das American Empire*, Frankfurt/Berlin/Bern/Brüssel/New York/Oxford/Wien.
- Blätter für deutsche und internationale Politik [= Blätter] (Hg.) (2008), Sonderband *Quo vadis, Amerika? Die Welt nach Bush*, Bonn.
- Bohlender, Matthias (2005), Demokratie und Imperium. Tocqueville in Amerika und Algerien, *Berliner Journal für Soziologie*, Jg. 15, H. 4, S. 523–540.
- Burton, Paul (2011), Pax Romana/Pax Americana: Perceptions of Rome in American Political Culture, 2000–2010, *International Journal of the Classical Tradition*, Jg. 18, H. 1, S. 66–104.
- Calhoun, Craig/Cooper, Frederick/Moore, Kevin W. (Hg.) (2006): *Lessons of Empire: Imperial Histories and American Power*, New York.
- Chomsky, Noam (2003), *Hegemony or Survival*, New York.
- Czempiel, Ernst-Otto (2003), *Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationale Beziehungen*, München.
- Daase, Christopher/Junk, Julian (2011), Problemorientierung und Methodenpluralismus in den IB. Ein Plädoyer für methodischen Nonkonformismus, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 18, H. 2, S. 123–136.
- Clinton, Hillary (2012), Amerikas pazifisches Jahrhundert. Die Zukunft wird nicht in Afghanistan entschieden, sondern in Südostasien, *Internationale Politik*, Jg. 67, H. 1, S. 62–69.
- Demandt, Alexander (2000), *Der Idealstaat. Politische Theorien der Antike*, Köln.
- Etzioni, Amitai (2004), *From Empire to Community. A New Approach to International Relations*, New York.
- Falke, Andreas (2011), Die große Ernüchterung: Zur Transformation der amerikanischen Weltmachtrolle, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 61, H. 51–52, S. 18–24.
- Fischer, Karsten (2011), Das allelopoietische Paradox. Ein transformationstheoretischer Versuch anhand des politischen Dekadenzdiskurses, in: Hartmut Böhme/Lutz Bergemann/Martin Dönike/Albert Schirrmeister/Georg Töpfer/Marco Walter/Julia Weitbrecht (Hg.): *Transformation. Ein Konzept zur Erforschung kulturellen Wandels*, München, S. 183–211.

- Ferguson, Niall (2003), *The Empire Slinks Back*, *New York Times*, 27. April, Abschnitt 6, S. 52.
- (2004): *Das verlegnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht*, Berlin.
- Fukuyama, Francis (1992), *The End of History and the Last Man*, New York.
- Friedman, George (2011), *The Next Decade: Where We've Been...and Where We're Going*, 21.04.2011, <http://www.carnegiecouncil.org/resources/video/data/000370>.
- Gadinger, Frank/Heck, Axel/Dittgen, Herbert(2008), Amerikanische Außenpolitik im Zeichen des »Krieges gegen den Terror«, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 49, H. 4, S. 726–755.
- Garrison, Jim (2004), *America as Empire. Global Leader or Rogue Power?*, San Francisco.
- Gollwitzer, Heinz (1972), *Geschichte des weltpolitischen Denkens*, Bd. 1: Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Beginn des Imperialismus, Göttingen.
- (1982), *Geschichte des weltpolitischen Denkens*, Bd. 2: Zeitalter des Imperialismus und der Weltkriege, Göttingen.
- Haass, Richard N. (2012), Die Doktrin der Restauration. Wie Amerika seine Führungsmacht im 21. Jahrhundert sichern kann, *Internationale Politik*, Jg. 67, H. 1, S. 70–77.
- Hamilton, Alexander/Madison, James/Jay, John (1994 [1787/88]): *Die Federalist-Artikel* hg., eingel., übers. u. komment. von Angela Adams und Willi Paul Adams, Paderborn.
- Hansen, Mogens H. (2010), The Mixed Constitution versus the Separation of Powers: Monarchical and Aristocratic Aspects of Modern Democracy, *History of Political Thought*, Jg. 31, H. 3, S. 509–531.
- HauSteiner, Eva M./Huhnholz, Sebastian/Walter, Marco (2010), Imperial Interpretations: The Imperium Romanum as a Category of Political Reflection, *Mediterraneo Antico*, Jg. 8, H. 1–2, S. 11–16.
- Herb, Karlfriedrich/Hidalgo, Oliver (2007), Once Upon a Time in America. Tocqueville on the Beginning of the End of History, *American Studies*, Jg. 52, H. 4, S. 545–560.
- Hobsbawm, Eric (2008), *On Empire. America, War, and Global Supremacy*, New York.
- Hochgeschwender, Michael (2006), Die USA – ein Imperium im Widerspruch, *Zeithistorische Forschungen*, Jg. 3, H. 1, 10.07.2008, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Hochgeschwender-1-2006>.
- Höglund, Johan (2007), Taking up the White Man's Burden? American Empire and the Question of History, *European Journal of American Studies*, H. 2, S. 1–15.
- Howard, Dick (2008), Die amerikanische Demokratie nach Bush, *Berliner Debatte Initial*, Jg. 19, H. 1/2, S. 111–119.
- Huhnholz, Sebastian (2010a), *Dschihadistische Raumpraxis. Raumordnungspolitische Herausforderungen des militanten sunnitischen Fundamentalismus*, Berlin.

- (2010b), Do all Roads lead to Rome? Ancient Implications and Modern Transformations in the Recent US Discourse on an American Empire, *Mediterrano Antico*, Jg. 8, H. 1–2, S. 49–70.
 - (2012a), Dschihadismus und Territorialität. Eine politiktheoretische Perspektive auf Ursachen, Bedingungen und Folgen fehlenden Territorialdenkens im militanten sunnitischen Fundamentalismus, in: Jochen Kleinschmidt/Falko Schmid/Bernhard Schreyer/Ralf Walkenhaus (Hg.), *Der terrorisierte Staat. Entgrenzungspänomene politischer Gewalt*, Stuttgart, S. 189–216.
 - (2012b), Vom Imperium zur Souveränität und zurück. Raumpolitische Geltungsgrenzen zwischen Jean Bodins antiimperialem Souveränitätsverständnis und Carl Schmitts postsouveräner Imperiumsfurcht, in: Werner Röcke/Anna Heinze/Sebastian Möckel (Hg.), *Grenzen der Antike. Die Produktivität von Grenzen in Transformationsprozessen*, Berlin (i. V.).
- Huntington, Samuel P. (1988), The U.S. – Decline or Renewal?, *Foreign Affairs*, Jg. 67, H. 2, S. 76–96.
- (1992), *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman.
 - (1998), *Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, München.
- Ignatieff, Michael (2003a), *Empire Lite: Nation-Building in Bosnia, Kosovo and Afghanistan*, Toronto.
- (2003b), The American Empire – The Burden, *New York Times* (NY edition), 5. Januar, Abschnitt 6, S. 22.
- James, Harold (2006), *The Roman Predicament: How the Rules of International Order Create the Politics of Empire*, Princeton.
- Joffe, Josef (2009), The Default Power. The False Prophecy of America's Decline, *Foreign Affairs*, Jg. 88, H. 5, 12.11.2010, <http://www.foreignaffairs.com/articles/65225/josef-joffe/the-default-power>.
- Johnson, Chalmers (2000), *Ein Imperium verfällt. Wann endet das amerikanische Jahrhundert?*, München.
- Kagan, Robert (1998), Benevolent Empire, *Foreign Policy*, Jg. 111, summer issue, S. 24–35.
- (2004), *Dangerous Nation. America's Place in the World, from it's Earliest Days to the Dawn of the 20th Century*, New York.
 - (2008), *The Return of History and the End of Dreams*, New York.
- Keller, Patrick (2012), Go West, Amerika?! Die Regierung Obama richtet sich auf Amerikas pazifisches Jahrhundert ein, *Internationale Politik*, Jg. 67, H. 1, S. 128–130.
- Koebner, Richard (1961), *Empire*, London.
- (2011 [1953]), Semantik und Historiographie, in: Hans Joas/Peter Vogt (Hg.), *Begriffene Geschichte. Beiträge zum Werk Reinhart Kosellecks*, Frankfurt, S. 207–244.

- Kohl, Arno (2001), *Dominotheorie und amerikanische Vietnampolitik 1954–1961. Eine Fallstudie zur Rolle von Leitbildern in der internationalen Politik*, Freiburg, 09.11.2011, <http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/534/>.
- Krause, Joachim (2008), Liberaler Imperialismus und imperialer Liberalismus als Erklärungsansätze amerikanischer Außenpolitik, *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Jg. 1, H. 1, S. 68–95.
- Krell, Gert (2000), *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen*, Baden-Baden.
- Leonhard, Jörn/von Hirschhausen, Ulrike (2006), »New Imperialism« oder »Liberal Empire«? Niall Fergusons Empire-Apologik im Zeichen der »Anglobalization«, *Zeithistorische Forschungen*, Jg. 3, H. 1, 03.03.2009, http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Leonhard_vonHirschhausen-1-2006.
- Levinson, Sanford/Balkin, Jack M. (2010), Constitutional Dictatorship: its Dangers and its Designs, *Minnesota Law Review*, Jg. 94, H. 6, S. 1789–1866.
- Lipset, Seymour M. (1996), *American Exceptionalism. A double-edged sword*, New York/London.
- Madden, Thomas F. (2008), *Empires of Trust: How Rome Built – and America Is Building – a New World*, New York.
- Maier, Charles S. (2006), *Among Empires: American Ascendancy and its Predecessors*, Cambridge.
- Mann, Michael (2003), *The Incoherent Empire*, London.
- Masala, Carlo (2004), »Gütiger Imperator«. Hegemonialmacht und Imperium: Die amerikanische Empire-Debatte, *Internationale Politik*, Jg. 59, H. 10, S. 63–68.
- Merton, Robert K. (1965), Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen, in: Ernst Topitsch (Hg.), *Logik der Sozialwissenschaften*, Köln/Berlin, S. 144–161.
- Meyers, Reinhard (1990), Metatheoretische und methodologische Betrachtungen zur Theorie der internationalen Beziehungen, *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 21, S. 48–68.
- Münkler, Herfried (2002), *Die neuen Kriege*, Reinbek.
- (2005a), *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin.
 - (2005b), Herrscher der Räume. Handlungslogiken von Imperien am Beispiel der USA, *Vorgänge*, Jg. 44, H. 2, S. 105–116.
 - (2006), *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*, Weilerswist.
 - (2007), Die Governance-Leistung von Imperien in komparativer Perspektive, in: Marianne Beisheim/Gunnar Folke Schuppert (Hg.), *Staatszerfall und Governance*, Baden-Baden, S. 263–284.
 - (2009), Legitimationen des Weltregierens: Konstanten und Veränderungen von der Antike bis heute, in: Volker Rittberger (Hg.), *Wer regiert die Welt und mit welchem Recht? Beiträge zur Global Governance-Forschung*, Baden-Baden, S. 219–232.
- Muldoon, James (1999), *Empire and Order. The Concept of Empire, 800–1800*, New York.

- National Interest*, 2003, Jg. 71, H. 1.
- Ninkovich, Frank (2005), Kontinentale Expansion, Empire und Zivilisierungsmission im Amerika des 19. Jahrhunderts, in: Boris Barth/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*, Konstanz, S. 285–310.
- Nippel, Wilfried (1980), *Mischverfassungstheorie und Verfassungsrealität in Antike und früher Neuzeit*, Stuttgart.
- Offe, Claus (2004), *Selbstbetrachtungen aus der Ferne. Tocqueville, Weber und Adorno in den Vereinigten Staaten*, Frankfurt.
- Onuf, Peer S. (2000), *Jefferson's Empire, The Language of American Nationhood*, Charlottesville.
- Osiander, Alexander (2008), *Before the State Systemic. Systemic Political Change in the West from the Greeks to the French Revolution*, New York.
- Osterhammel, Jürgen (2006), *Imperien*, in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, Göttingen, S. 56–67.
- (2009), *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München.
- Patel, Kiran K. (2003), Nach dem Ende der Geschichte. Robert Kagan und das amerikanische Geschichtsgefühl, *Ästhetik & Kommunikation*, Jg. 34, H. 122/123, S. 93–102.
- Pitts, Jennifer (2005), *A Turn to Empire: The Rise of Imperial Liberalism in Britain and France*, Princeton.
- (2010), Political Theory of Empire and Imperialism, *Annual Review of Political Science*, Jg. 13, S. 211–235.
- Pocock, John G. A. (1999–2005), *Barbarism and Religion*, Bd. 3 (2003), Cambridge.
- Porter, Bernard (2006), *Empire and Superempire: Britain, America and the World*, New Haven/London.
- Puglierin, Jana/Schwarz, Christoph (2011), Das Ende der amerikanischen Supermacht nach 9/11?, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 61, H. 27, S. 25–31.
- Rennstich, Joachim K. (2004): The Phoenix Cycle: Global Leadership Transition in a Longwave Perspective, in: Thomas E. Reifer (Hg.), *Globalization, Hegemony and Power: Antisystemic Movements and the Global System*, London, S. 35–53.
- Reifer, Thomas E. (2004), Introduction: Hegemony, State-Corporate Globalization, and Antisystemic Movements: Contending Theoretical and Historical Approaches, in: Ders. (Hg.), *Globalization, Hegemony and Power. Antisystemic Movements and the Global System*, London, S. 1–15.
- Riklin, Alois (2006), *Machtteilung: Geschichte der Mischverfassung*, Darmstadt.
- Rohde, Christoph (2004), *Hans J. Morgenthau und der weltpolitische Realismus*, Wiesbaden.
- Rudolf, Peter (2007), *Imperiale Illusionen. Amerikanische Außenpolitik unter Präsident George W. Bush*, Baden-Baden.

- (2007a), Außenpolitikevaluation. Konzeptionelle Überlegungen zu einem vernachlässigten Bereich der Außenpolitikanalyse, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 14, H. 2, S. 319–330.
- Said, Edward W. (1994), *Culture and Imperialism*, London.
- (2003), Preface, in: Ders., *Orientalism* [1978], London, S. xi–xxiii.
- Schlesinger, Arthur M. Jr. (2004 [1973]), *The Imperial Presidency (With a New Introduction)*, New York.
- Schneckener, Ulrich (2011), Von Westfalia zu Westfailure. Krise und Zukunft globaler Ordnungspolitik, *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 56, H. 9, S. 81–92.
- Schreyer, Söhnke (2008), Imperial Presidency Redux? Die institutionelle Machtbalance zwischen Terrorbekämpfung und Präventivkrieg, in: Jochen Hills/Jürgen Wilzewski (Hg.), *Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik in der Ära Bush*, Trier, S. 111–140.
- Schweigler, Gebhard (2008), Außenpolitik, in: Peter Lösche (Hg.): *Länderbericht USA*, Bonn, S. 341–470.
- Sellers, Mortimer (1994), *American Republicanism. Roman Ideology in the United States Constitution*, Basingstoke.
- Shalev, Eran (2009), *Rome Reborn on Western Shores: Historical Imagination and the Creation of the American Republic*, Charlottesville.
- Snyder, Jack (2003), Imperial Temptations, *National Interest*, Jg. 71, H. 2, S. 29–40.
- Sonnicksen, Jared (2010), »That unity is conducive to energy will not be disputed«: Die Einheit der Exekutive als problematisches Erbe der Federalist Papers, in: Roland Lhotta (Hg.), *Die hybride Republik. Die Federalist Papers und die politische Moderne*, Baden-Baden, S. 151–167.
- Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.) (2003), *Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München.
- Thayer, Bradley A. (2007), The Case for the American Empire, in: Ders., Christopher Layne, *American Empire: A Debate*, New York/London, S. 1–50.
- Triepel, Heinrich (1938), *Hegemonie. Ein Buch von führenden Staaten*, Stuttgart.
- Turner, Frederick J. (2010 [1893]), *The Significance of the Frontier in American History*, Mineola.
- Unger, Frank (2010), *Demokratie und Imperium. Die Vereinigten Staaten zwischen Fundamentalismus, Liberalismus und Populismus*, Würzburg.
- US-Verteidigungsministerium (2012) (Hg.), *Sustaining U. S. Global Leadership for 21st Century Defense*, 18.02.2012, http://www.defense.gov/news/Defense_Strategic_Guidance.pdf.
- Waechter, Matthias (1996), *Die Erfindung des amerikanischen Westens. Die Geschichte der Frontier-Debatte*, Freiburg.
- Walker, Martin (2003), An Empire Unlike Any Other, in: Andrew J. Bacevich (Hg.), *The Imperial Tense. Prospects and Problems of American Empire*, Chicago, S. 134–145.

- Wallerstein, Immanuel (2004), *The United States in Decline?*, in: Thomas E. Reifer (Hg.), *Globalization, Hegemony and Power. Antisystemic Movements and the Global System*, London, S. 19–34.
- Wehler, Hans-Ulrich (1989), *Geschichtswissenschaft heutzutage: Aufklärung oder Sinnstiftung?*, in: Axel Honneth/Thomas McCarthy/Claus Offe/Albrecht Wellmer (Hg.): *Zwischenbetrachtungen. Im Prozeß der Aufklärung*, Frankfurt, S. 775–793.
- Williams, William Appleman (1984 [1980]), *Der Welt Gesetz und Freiheit geben. Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik*, Hamburg.
- (1988 [1959]), *The Tragedy of American Diplomacy*, New York/London.
- Wilzewski, Jürgen (2008), *Testing the Constitutional System? Die Bush-Doktrin und die Rückkehr der imperialen Präsidentschaft*, in: Ders./Söhnke Schreyer (Hg.), *Weltmacht in der Krise. Die USA am Ende der Ära George W. Bush*, Trier, S. 49–74.
- Wyke, Maria (2008), *Caesar. A Life in Western Culture*, Chicago/London.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael (2003), *Frieden und Krieg*, Frankfurt.
- Zinn, Howard (2003 [1980]), *A People's History of the United States: 1492–Present*, New York.
- Zürn, Michael (1998), *Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*, Frankfurt.
- (2007), *Institutionalisierte Ungleichheit in der Weltpolitik. Jenseits der Alternative »Global Governance« versus »American Empire«*, *Politische Vierteljahresschrift*, Jg. 48, H. 4, S. 680–703.